


Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat»

AZB 5332 Rekingen Werbepreis Fr. 3.– / Jahresabo Fr. 45.– Erscheint monatlich Nr. 8/9 September 2000 35. Jahrgang

Démocrate  **Suisse**
Pages 13–15

Irrenhaus Schweiz



Bernhard Hess,
Nationalrat,
Chefredaktor,
Bern

Ist der Rechtsstaat in Gefahr? Gibt es keine Rechtssicherheit für Ausländer mehr in der Schweiz? Beherrschen Skinheads die Strasse? Muss das Anti-Rassismus-Gesetz auch auf den Privatbereich ausgedehnt werden? Muss sich das Ausland von uns mit Grausen abwenden? Ein solches Bild malen derzeit Massenmedien hierzulande Tag für Tag.

Um es gleich vorweg zu nehmen: Wir Schweizer Demokraten (SD) wenden uns mit Vehemenz gegen Gewalt zur Durchsetzung von politischen Zielen. Gewalt- und Hass-täter sollen die volle Härte von Recht und Gesetz zu spüren bekommen. Auch wer Gewalt gegen Unschuldige, Wehrlose, gar Kinder billigt, hat keine Toleranz zu erwarten. Dies gilt aber sowohl für einheimische wie auch für ausländische Gewalttäter. Es darf nicht angehen, dass Gewalt und Hasstaten von sogenannten «Rechten» drei- bis vier Mal mehr Raum in den Massenmedien erhalten als vergleichbare Straftaten von «Linken» oder Ausländern.

Gerade aber dieses Missverhältnis wurde insbesondere in der heimischen Boulevardpresse in den vergangenen Tagen augenfällig. Ausgangspunkt der sich überschlagenden neuen Medienkampagne war ein Aufmarsch von ungefähr hundert sogenannten Skinheads auf dem Rütli anlässlich der offiziellen 1.-August-Feier der Eidgenossenschaft. Offensichtlich als Bundesrat Kaspar Villiger, möglicherweise auch ein wenig ungeschickt, seine pro-europäische Haltung zum Ausdruck brachte, versahen ihn die nicht Demokratie-erpropten Fanatiker mit Zwischen- und Buhrufen. Zweifellos ist solch ein Verhalten zutiefst undemokratisch und gesellschaftsfeindlich. Wer politische Gegner niederschreit, sei er nun

links oder rechts, verachtet die freiheitlich-demokratische Grundordnung.

Subkultur

Bei den Skins handelt es sich um eine im Kern unpolitische, aber oft extrem gewaltbereite Subkultur. Der Rückgriff auf Nazi-Sprüche und –Symbole erklärt sich am ehesten aus dem Bestreben von Skinheads, zu provozieren und sich so radikal wie möglich abzuheben. Was sie mit ihrem Treiben anrichten, dürfte ihnen gleichgültig und den meisten auch nicht erkennbar sein. Politische Knochenarbeit, wie sie etwa die Schweizer Demokraten Tag für Tag leisten, ist für diese jungen Menschen ein Gräuel. Die allermeisten von ihnen haben noch nie ein Flugblatt gegen die Überfremdung verteilt oder eine Volksinitiative gegen den Asylrechtsmissbrauch unterzeichnet. Ähnlich wie ihr Pendant in der linksautonomen Szene, die Punks, sind die Skins ein Produkt unserer Wohlstandsgesellschaft.

Schweizerkreuz statt Hakenkreuz

Gerne erinnere ich mich an die vielen jungen und ganz jungen Patriotinnen und Patrioten, welche sich gesittet und friedlich zur diesjährigen offiziellen 1.-August-Feier der Jungen Schweizer Demokraten (JSD) in einer wunderschönen Fischzucht im Bernbiet eingefunden haben. Schweizerkreuz statt Hakenkreuz! So soll es sein. Den 68er-Journalisten sei es ins Stammbuch geschrieben: Nicht jeder, der heute kurze Haare trägt, ist ein «Skinhead». Und nicht jede junge Frau, die sich heute gegen die schlimmen Missstände an den Schulen wendet, ist eine «Faschistin», nicht jeder, der die Überfremdung seines Quartiertreffs mittlerweile unerträglich findet, ist ein «Neonazi». Die Faschismuskeule der Linken haut langsam nicht mehr. Im Gegenteil: Umfragen zur 18-Prozent-Initiative zeigen es eindrücklich: Eine deutliche Mehrheit der 18- und 19-jährigen will heute eine Begrenzung der Einwanderung. Denn eine Mehrheit der einheimischen Jugendlichen hat die «Segnungen» der multikulturellen Gesellschaft, sei es an den Schulen, im Schwimmbad, in

Einwanderungs-Begrenzung jetzt!

Im August 1995 wurde von einem überparteilichen Komitee die Eidgenössische Volksinitiative «Für eine Regelung der Zuwanderung» (18-Prozent-Initiative) eingereicht, welche eine Stabilisierung des Ausländeranteils bei 18 Prozent verlangt. Wir Schweizer Demokraten unterstützen dieses dringend notwendige Anliegen tatkräftig. Dieses Volksbegehren ist die letzte Chance, um der überbordenden Zuwanderung endlich Grenzen zu setzen und den Ausländeranteil zu stabilisieren, ganz so, wie es der Bundesrat seit langer Zeit versprochen, aber nie umgesetzt hat. Gehen Sie am 24. September 2000 unbedingt an die Urne und stimmen Sie

Ja zur Volksinitiative «Für eine Regelung der Zuwanderung».

Leider müssen wir nochmals auf den beiliegenden Einzahlungsschein hinweisen. Die Bevölkerung wird über die Zustände in der Ausländerpolitik der Schweiz einseitig informiert. Mit einer Spende helfen Sie uns, die Hintergründe und Fakten, welche wir in einer SD-Sonderzeitung (Auflage 500'000 Exemplare) zusammengefasst haben, weiter zu verbreiten und so ein kleines Gegengewicht zur millionenschweren Gegenpropaganda der Wirtschaft und der links-liberalen «Gutmenschen» zu bilden. Noch können einige Tausend Exemplare der vorerwähnten Sonderzeitung auf dem SD-Sekretariat bezogen werden. Wir bitten Sie, den beiliegenden Bestelltalon (auf Seite 16) zu verwenden. Für Ihre materielle und ideelle Unterstützung danken wir ganz herzlich.

Ihre SD-Geschäftsleitung

der Disko oder einfach auf der Strasse sprichwörtlich am eigenen Leib erlebt. Gerade für attraktive junge Frauen wird heute der nächtliche Heimweg am Samstag zum Spiessrutenlaufen.

Die Kinder der 68er werden erwachsen und fangen zu denken an. Nicht wenige von ihnen werden in zehn oder zwanzig Jahren die bereits jetzt ergrauten Betroffenheits-Politikerinnen und –Politiker aus ihren Ratssesseln vertreiben. Und das ist gut so. Innerhalb der europäischen Jugend ist ein Umdenken im Gange. Eine Rückbesinnung auf Werte wie Pflichtbewusstsein, Anstand aber auch Heimatliebe. Diesen Eindruck bekam ich anlässlich von zahlreichen Gesprächen, welche ich als Parlamentarier mit den Jungpolitikerinnen und Jungpolitikern jeglichen Couleurs am Rande des europäischen Jugendparlaments, das im Juli im Bundeshaus tagte, führen konnte. Eine bildhübsche junge Finnin erklärte mir ganz offen, sie habe das

Gefühl, dass die Schweiz infolge der Zuwanderung von «artfremden» (eigene Aussage) Menschen zusehends ihre Identität verliere.

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 3 Neonazis sind das Letzte, was wir brauchen, aber...
- 3 Für eine Regelung der Zuwanderung
- 4 Gute Argumente für fixe Prozente
- 7 Wie sie uns belügen...
- 8 Veranstaltungskalender
- 11 Clinton lobt Ogi
- 12 Der Leser hat das Wort

Irrenhaus Schweiz

Fortsetzung von Seite 1

In Finnland wäre ein dermassen hoher Überfremdungsgrad unmöglich. Bestärkt wurde sie in ihrer Meinung insbesondere von Jugendlichen aus der Lombardei und sehr deutlich aus der Tschechei.

Wem nützt Skin-Gewalt?

Ich werde den Eindruck einfach nicht los, dass die ganze Skinhead-Hysterie von den Massenmedien so aufgebaut wird, um im bevorstehenden Abstimmungskampf der 18-Prozent-Initiative massiv zu schaden. So verstand es die grösste Boulevard-Sonntagszeitung der Schweiz geschickt, Skinheadgewalt und ein Umfrageergebnis zur Einwanderungs-Begrenzungs-Initiative so zu vermischen, dass unerschwinglich der Eindruck entstand, nur Gewalttäter stünden hinter diesem Volksbegehren. Auch der politischen Klasse kommt das Wirken der Kahlköpfe entgegen: Sie kann so von ihrem jahrzehntelangen Versagen in der Ausländer- und Asylpolitik ablenken, mit dem nackten Finger auf einige Fehlgeleitete zeigen und sagen: «Die sind das Problem!».

Ist linke Gewalt eine gute Gewalt?

Offensichtlich sind gewalttätige Jugendliche in den Augen der Medien und der etablierten Politiker nur dann eine Gefahr, wenn sie als «Rechte» gelten. Handelt es sich jedoch eindeutig um Rechtsbrecher aus dem linken Spektrum, werden selbst schwerste Gesetzesverstöße von den Medien verniedlicht und heruntergespielt.

Anlässlich der 1.-Mai-Kundgebung in Zürich können Links-Autonomie während Stunden halb Zürich verwüsten, einen Sachschaden in Millionenhöhe anrichten, und am nächsten Tage gehen die etablierten Politikerinnen und Politiker, vorwiegend selber 68er mit SP-Partei, wieder zur Tagesordnung über. Mein Banknachbar, der grüne Nationalrat Patrice Mugny aus Genf, demonstriert im Mai seelenruhig zusammen mit Anarchos aus der Reithalle, welche sogar Fahnen mit Hammer und Sichel schwenken, gegen den geplanten Besuch des österreichischen Kanzlers Schüssel auf dem Bundesplatz. In der Schlussphase der Mini-Manifestation lassen die Antifas dann ihrem Frust auch noch freien Lauf und bewerfen das Eingangstor des Bundeshauses mit Farbbeuteln. Kaum auszudenken, wenn ich (in geistiger Umnachtung) zusammen mit Skins für eine freie Schweiz demonstrieren würde. Das gäbe ein weltweit kolportiertes Geschrei.

Auch erinnere ich mich, wie 1994 verummte Links-Autonomie die friedliche 1.-August-Feier von uns Schweizer Demokraten auf dem

Lindenhof angriffen, mit Baseballschlägern einen Würstchen-, einen Getränke- und einen Informationsstand verwüsteten sowie einen mittlerweile verstorbenen, 80-jährigen Parteifreund so verletzen, dass dieser ärztlich betreut werden musste. Jüngstes Beispiel linker Gewalt ist: Nach der überraschend deutlichen Ja-Parole der SVP in Genf bewarfen etwa 50 Links-Militante die SVP-Delegierten mit Erde, Blumentöpfen und Knallperarden. Pikantes Detail: Auch diese unbewilligte Demonstration wurde durch die PdA und andere Linke, welche auch in Bundesbern sitzen, organisiert.

Fazit: Die Gewalt, so scheint es, muss von links kommen, dann wird sie von den selbsternannten Moralaposteln hierzulande toleriert und akzeptiert.

Dem Unrechtsradikalismus wehren

Unabhängig von der politischen Einstellung sollte jeder, für den die freiheitlich-demokratische Grundordnung nicht nur zum Lippenbekenntnis taugt, entschieden dafür eintreten, dass die aktuelle Kampagne gegen den sogenannten Rechtsradikalismus nicht in Unrechtsradikalismus ausufert. Was heute kollektiv gegen «rechts» betrieben wird, kann sich morgen gegen andere «Aussenseiter», «Randgruppen», Missliebige aller Art verhängnisvoll auswirken.

Es ist gefährlich, wenn jetzt «Linke» und sonstige interessierte Kreise jede Warnung vor der Ausländerkriminalität, jede Kritik am ausufernden Asylmissbrauch und jede Sorge vor der Überfremdung der Schweiz kriminalisieren wollen.



Kommentar

Linke Narrenfreiheit

Welch peinliches Lehrstück in Sachen sozialistisch-internationaler Demagogie wird uns hier wieder einmal vor Augen geführt. Bislang wurde im Vorfeld der Abstimmung zur 18%-Initiative weitgehend eigentlich der allernötigste Anstand von Seiten der Gegnerschaft gewahrt, und man war gespannt, was sich die heimatverleugnerischen Kreise im letzten Moment noch ausdenken würden, um den Protagonisten der Initiative doch noch an das Bein pinkeln zu können.

Nicht allein dass sowohl die Sensations- als auch die vernünftigen Investigativmedien während der letzten paar Wochen krampfhaft darum bemüht sind, den Wirbel um Skinheads mit der Initiative in Verbindung zu bringen; nein, jetzt erschallt auch noch der heuchlerische Ruf des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes und stellt einen Zusammenhang her, direkter geht es wohl nimmer!

Es ist bezeichnend für die Situation in unserem Land, dass ausgerechnet jene Leute, welche am 1. Mai dieses Jahres die bekennende Stalinistin Sarah Wagenknecht als Hauptrednerin nach Zürich einluden und somit den Schulterchluss zwischen Gewerkschaft und ultraorthodoxen zynischen Kommunisten öffentlich und offiziell vorexerzierten, uns Kämpfer für vernünftige ausländerpolitische Verhältnisse in die direkte Nähe zu Skins rücken.

Die Narrenfreiheit für Linke, die von ihresgleichen radikalen Elementen profitieren, wird immer offensichtlicher.

Alexander Nyffenegger, Bern

Letzte Gelegenheit

Manch einer erinnert sich in den Siebzigerjahren an die Worte des damaligen Bundesrats Kurt Furgler: Der Ausländerbestand werde stabilisiert und danach schrittweise abgebaut. Es war die Zeit, als die Ausländerzahl die Millionen-grenze überschritten hatte.

Heute stehen wir vor der Tatsache, dass sich über 1,3 Millionen Personen aus der ganzen Welt in der Schweiz niedergelassen haben. Der Anteil beträgt 19,3 Prozent der Schweizer Bevölkerung. Eine Stabilisierung ist nicht in Sicht. Die Tatsache ist, dass die Schweiz mit über 7 Millionen Einwohnern nicht nur masslos überfremdet, sondern auch überbevölkert ist.

Vermutlich wird der Stimmbürger am 24. September die letzte Gelegenheit haben, mit der Zustimmung der Volksinitiative «für eine Regelung der Zuwanderung», eine Stabilisierung der ausländischen Wohnbevölkerung zu erreichen.

Kurt Koller, Lichtensteig



Das Testament

Die letztwillige Verfügung

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Immer wieder können wir lesen, dass verschiedene Organisationen und Stiftungen finanzielle Zuwendungen empfangen können, die aus dem Nachlass eines treuen Mitgliedes stammen.

Haben Sie auch schon daran gedacht, die SCHWEIZER DEMOKRATEN in Ihrem Testament zu berücksichtigen?

Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung?

Unser Geschäftsleitungsmitglied Kurt Koller berät Sie gerne kostenlos:

Kurt Koller, Treuhandbüro
Meienbergstrasse 4
CH-9620 Lichtensteig
Telefon 071 - 988 50 88
Telefax 071 - 988 67 61

Neonazis sind das Letzte, was wir brauchen, aber...



Willy Schmidhauser,
Präsident der
SD Thurgau,
Dettighofen

Die Formel «Skin gleich Neonazi» ist fragwürdig. Noch fragwürdiger das Geschrei um ein paar junge Glatzköpfe. Listen wir alle Internationalisten, Achtundsechziger, EU-Förderer, Linke und Alternative in Radio, Fernsehen und Printmedien auf, die dort bestimmen, was aktualisiert, gesendet und mittels Medium politisch erreicht werden soll, kann einem demokratisch denkenden Bürger übel werden. Heuchlerisch schreien sie jetzt besonders laut: «...fangt die Diebe, wehret dem Rechtsextremismus...» Damit soll der beschworene Rechtsextremismus als grosse Gefahr aufgezeigt werden, obwohl etwa die Skinheadszenen kaum grösseren Zulauf erhalten hat. Alles und überall soll das Wort Skinhead, Rechtsextremismus und Gewalt dem Bürger die Augen vernebeln, damit so die dringend nötige 18%-Initiative abgeschmettert werden kann.

Neonazis sind sicher das Letzte, was wir brauchen. Aber bitte, das gilt doch ebenso für Internationalisten, Linke, Marxisten, Trotzlisten, Maoisten und Stalinisten. Immerhin wurde die linksextreme Gewerkschafterin und Trotzlistin (nach eigenen Angaben am Radio), namens Ruth Dreifuss, Bundesrätin. Am 1. Mai sprach in Zürich die Stalinistin und DDR-Werberin Wagenknecht mit staatlichem Segen. Medien weigerten sich gar nicht, Berichte, Interviews und Aussagen dieser Dame zu bringen; allen voran das so auf Extremismus sensibilisierten Radio und Fernsehen DRS. Wenn Nazifahren völlig zu Recht verbannt werden, warum werden dann rote Fahnen z.B. am 1. Mai toleriert? Sind in ihrem Namen nicht Millionen ermordet worden? Auch Nazilieder gehören nicht in unser Land; warum aber singen Gewerkschafter und Sozis inbrünstig die Internationale? Wo bleiben da die Skrupel? Wo die Medien? Umso lauter ist das Geschrei um ein paar Glatzköpfe, die im Grunde nur einfordern, was jedem Bürger im Lande eigentlich zustehen würde: Die freie Meinungsäusserung, «das freie Wort»! Medien sollten gemäss Verfassung kritisch sein. Kritisch

und gerecht, wie etwa Frau Justitia mit der Augenbinde.

Ausländer haben mehr Rechte als Schweizer

Kein junger Schweizer Demokrat durfte je öffentlich seine Gedanken und Anliegen darlegen; von einem Skin, ganz zu schweigen. Ganz sicher aber können dies Linke in vielen Sendungen. Selbst Ausländer haben mehr Rechte! Seit Jahren klagen am Samstagmittag Fremde aus aller Welt ihr Leid über Radio DRS (Plaza). Sogar am 1. August haben viele Reden gehalten, als Zeichen unserer «Weltoffenheit». Ausländer, auch kriminelle, haben Tausende von wohlwollenden Fürsprechern in Parteien, Medien, Verwaltung und Organisationen. Es ist ein Wunder, dass gewalttätige Organisationen nicht mehr Zulauf haben! Viele Junge schalten einfach ab, andere suchen das «Glück» in Drogen und Ausschweifung; die nötigen Liberalisierungs-Weichen wurden ja bereits gestellt.

Wer Missbräuche kritisiert, ist ein Rassist

Wer milliardenschweren Asylleerlauf, kontraproduktive Einwanderung und Missbräuche unserer Einrichtungen kritisiert, ist ein Rassist. Er wird vor allem in den Medien fertig gemacht, vor den Kadi gezerrt. Das passt den «bürgerlichen» Parteien wunderbar in ihr Konzept. Berechtigte und absolut nötige Kritik kann so «elegant» ausgeschaltet werden. Skandal-Medien und Meinungsmacher geben schon vor den Gerichten «ihr» Strafmass bekannt. So können auch unsere Parteienrichter im Sinne jener gesteuert werden. Die Macht der Massen-Medien ist damit zum Alptraum der Freiheit geworden.

Bundespolizei muss auch nach links aktiv werden

Auch unsere Bundespolizei müsste aktiv werden. Sie darf sich nicht von solchen Medien und ihren «Rechtsextremismus-Experten» ins Bockshorn jagen lassen. Ausgerechnet Marxisten, DDR-Pilger und linke Extremisten – so etwa Jürg Frischknecht – werden als Rechtsextremismus-Fachmänner vorgeführt. Glaubwürdiger geht es einfach nicht mehr! Auch Bundesrätin Ruth Metzler liess sich vor einen bedenkliehen Rechtsextremismus-Karren spannen. Dabei wurde am 1. August die Schweizerfahne auf

dem Rütli gestohlen und durch eine EU-Fahne ersetzt. Die Bundespolizei muss nun die linken Umtriebe durchleuchten und konsequent überwachen, denn Anhänger und Helfer sitzen zu hunderten, gut getarnt und sehr oft mit bürgerlichem Anstrich in Ämtern und Würden. Aber auch immer mehr Einwanderer aus aller Welt mit ihren Befreiungsorganisationen müssen dringend und nachhaltig unter die Lupe.

Die gegenwärtige Hatz – ein Ablenkungsmanöver für den 24. September

Die gegenwärtige Hatz vieler Schweizer Medien auf Skinheads hat System. Mit Blick auf den 24. September soll von den gewaltigen

Problemen in unserem Lande abgelenkt werden. Unser Volk soll weder Zeit noch Möglichkeiten haben, die unerhörten Folgen der unsinnig hohen Einwanderung und damit verbundener Kriminalität, Gewalt, Drogenhandel, Terror gegen Frauen, Erpressungen, Nöte in den Schulen, Quartieren und öffentlichen Einrichtungen zu diskutieren und am 24. September mit einem Ja endlich die richtigen Weichen zu stellen. Es soll abgelenkt werden, von den gewaltigen Missbräuchen unserer Einrichtungen, Sozialwerke und anderer Lebensbereiche. Es soll abgelenkt werden von den unerhörten Problemen in Schulen und dem Niedergang der Bildung; gar nicht zu reden vom Fremdsein im eigenen Lande und immer mehr fehlendem Integrationswillen der Einwanderer.

Für eine Regelung der Zuwanderung

Wenn Sie sich von Parteien und Politikern verschaukelt fühlen, gehen Sie am 24. September 2000 an die Urne und stimmen Sie

«Ja» zur Eidgenössischen Volksinitiative

Die Initianten sind in bester Gesellschaft

Der Bundesrat in der Legislaturplanung 1995–1999:

«Eine unkontrollierte oder ausschliesslich von der wirtschaftlichen Entwicklung oder den Erfordernissen des Arbeitsmarktes bestimmte Zuwanderung lehnt der Bundesrat ab. Die seit 1991 verfolgte Politik der Reduktion des Zuwachses der ausländischen Wohnbevölkerung ist fortzusetzen.»

Die FDP Schweiz am 31. Oktober 1995 zum Bericht über eine schweizerische Migrationspolitik:

«Im Sinne einer glaubwürdigen Ausländerstatistik sind die nichtständige ausländische Wohnbevölkerung, die Asylbewerber sowie die abgewiesenen, jedoch noch nicht rückgeführten Asylbewerber in die Statistik aufzunehmen. Wir befürworten einen langfristig ausgeglichenen Migrationsaldo.»

Die FDP des Kantons Aargau propagiert eine «Stabilisierung des Ausländeranteils»

im Aktionsprogramm 1996 bis 1998, im Grundlagenpapier vom Januar 1999 und im Aktionsprogramm mit den Freisinnigen Zielsetzungen für die Aargauer Politik 1997 bis 2001.

Die SVP Schweiz anlässlich der Nationalratsdebatte zur 18-Prozent-Initiative:

«Die SVP verlangt mit einem Rückweisungsantrag die Erarbeitung eines bundesrätlichen Gegenvorschlages, der, ausgehend vom Plafond 1998, die Stabilisierung des gesamten Ausländerbestandes in der Schweiz zu bewirken habe.»

Die Initianten sind in bester Gesellschaft

Fortsetzung von Seite 3

Die **CVP Schweiz** verlangte nach Einreichung der Unterschriften für die 18-Prozent-Initiative im Jahre 1995 eine Begrenzung der ausländischen Wohnbevölkerung in der Schweiz auf 20 Prozent

Gute Argumente für fixe Prozenze

1. Trotz der angestrebten Stabilisierung des Ausländeranteils können weiterhin genügend Arbeitskräfte im Ausland rekrutiert werden.

Auch nach Annahme der Initiative müssen wir nicht auf die wertvollen Dienste der ausländischen Erwerbstätigen verzichten. Die Initiative lässt zu, dass – bei stabilem Ausländeranteil – jedes Jahr über 72'000 Aufenthaltserlaubnisse an neue Zuwanderer erteilt werden können. Dies errechnet sich durch die – statistisch belegte – jährliche Rückwanderung von durchschnittlich 66'000 Ausländern, plus rund 20'000 Einbürgerungen pro Jahr, abzüglich Geburtenüberschuss der hier lebenden Ausländer (1999:13'400). Zusätzlich können mit der im Initiativtext vorgesehenen neuen Berechnung des Ausländeranteils weitere für die Wirtschaft besonders wichtige Leute (z.B. Hochqualifizierte, Führungspersonal usw.) unbeschränkt – je nach Bedarf der Wirtschaft – in die Schweiz geholt werden.

Zusammenfassend lässt sich anhand der Vergleichszahlen aus den neunziger Jahren festhalten, dass auch nach Annahme der Initiative über 72'000 Ausländer pro Jahr neu in die Schweiz einwandern können. Allen gegenteiligen Behauptungen zum Trotz: Die 18-Prozent-Initiative ist wirtschaftsfreundlich!

2. Die AHV lässt sich nicht über eine zügellose Einwanderung finanzieren.

Als Antwort auf die demographische Alterung wird oft eine vermehrte Einwanderung gefordert. Eine solche Haltung ist allerdings sehr kurzfristig, da die Einwanderung nicht in der Lage ist, das Verhältnis zwischen Erwerbstätigen und Nicht-Erwerbstätigen nachhaltig zu verbessern. Nach heutigem Verständnis kommen mit dem Zustrom von Arbeitskräften mit der Ehefrau und den Kindern auch

mittels «Schutzklausel.»

Alt SP-Präsident Helmut Hubacher im Sonntagsblick vom 29. Oktober 1995 zum Thema Ausländerquote: «1,3 Millionen Ausländer sind zuviel. Wir müssen auf Dauer runter».

Nicht-Erwerbstätige hinzu, sodass das Verhältnis zwischen Erwerbstätigen und Nicht-Erwerbstätigen weitgehend unverändert bleibt. Zudem werden auch die Zuwanderer älter und entsprechend rentenberechtigt, was wiederum weitere Zuwanderer erfordert, usw.

Eine gleichbleibende Altersstruktur würde so viel Zuwanderung erfordern, dass die Gesamtbevölkerung in der Schweiz bis ins Jahr 2025 auf 10,15 Millionen anwachsen müsste, bis ins Jahr 2050 gar auf 14,3 Millionen.

Schon heute ist die Bevölkerungsdichte massiv höher als in den meisten anderen Staaten. Die Lösung der demographischen Probleme kann nicht mit vermehrter Zuwanderung gesucht werden, sondern muss über einen Anstieg der Wertschöpfungsquote der Arbeitsleistung erfolgen. **Mehr Einwanderung verlagert die heutigen Probleme einfach auf morgen.**

3. Die Initiative ist vereinbar mit den bilateralen Verträgen.

Im Vorfeld der Abstimmung über die bilateralen Verträge hat der Bundesrat immer wieder bekräftigt, dass aus der EU keine massive Zuwanderung zu befürchten sei. Er stützte sich dabei auf eine Studie des Volkswirtschafters Thomas Straubhaar. Dieser hat in seiner jüngsten Studie über die Auswirkungen der Personenfreizügigkeit mit der EU folgendes geschrieben: «Es würde keine starke Einwanderung in die Schweiz ausgelöst. **Plausibilitätsüberlegungen lassen eine Obergrenze des Einwanderungspotentials von jährlich 10'000 EU-Angehörigen vermuten.**»

Wenn die Zusicherungen des Bundesrates auch nur annähernd stimmen und nur 10'000 Personen pro Jahr aus der EU zuwandern, bleibt als Folge der jährlichen Rückwanderungen und der Einbürgerungen längst genug Raum für die Einwanderung, die unser Land braucht.

4. Bei Annahme der Initiative muss kein einziger Ausländer und keine einzige Ausländerin die Schweiz verlassen.

Jedes Jahr verlassen – statistisch belegt – durchschnittlich 66'000 Ausländerinnen und Ausländer freiwillig die Schweiz. Die Übergangsbestimmungen legen ausdrücklich fest, dass die Senkung des Ausländeranteils von heute über 19 Prozent auf die geforderte Limite von 18 Prozent «so rasch als möglich durch die freiwillige Auswanderung» erreicht werden soll. Wie auch der Bundesrat in seiner Botschaft an die Eidgenössischen Räte schreibt, erlaubt diese offene Formulierung, dass auch während der Übergangsfrist sowohl die humanitären als auch die wirtschaftlichen Konsequenzen angemessen berücksichtigt werden können. **Niemand muss also aufgrund der Initiative die Schweiz zwangsweise verlassen.**

Auch während einer Übergangsphase von beispielsweise fünf Jahren könnten – gestützt auf die Berechnungen der Migrationszahlen der neunziger Jahre – jedes Jahr rund 60'000 neue Aufenthaltsbewilligungen erteilt werden.

5. Die Initiative lässt kantonale unterschiedliche Ausländeranteile zu.

Der Auftrag der Initiative umfasst die Einhaltung eines Ausländeranteils an der Gesamtbevölkerung der Schweiz. Es kann keine Rede davon sein, dass eine kantonsweise 18-Prozent-Limite eingeführt werden soll und somit Kantone mit einem geringeren Ausländeranteil gar noch zusätzliche Ausländerinnen und Ausländer aufnehmen müssten oder umgekehrt.

6. Die Initiative ermöglicht die Fortsetzung der humanitären Tradition.

Selbst bei Ereignissen in der Größenordnung des Kosovo-Konfliktes könnten auch nach Annahme der Initiative grosse Flüchtlingsströme aufgenommen werden. Bei der Limite von 18 Prozent werden grundsätzlich nur Flüchtlinge mitgezählt, die sich länger als ein Jahr in der Schweiz aufhalten. **Die Initiative lässt zu, dass die Schweiz auch grössere Gruppen von Flüchtlingen aufnehmen kann, wenn dies aus humanitären Gründen und im Sinne des Völkerrechtes erforderlich ist.** Der Bundesrat selbst schreibt in seiner Botschaft an die eidgenössischen Räte, dass die Initiative so flexibel ausgelegt werden kann, dass sie im Einklang mit dem zwingenden Völkerrecht steht.

7. Die Initiative bekämpft Asylmissbrauch und Kriminalität.

Die Initiative erhöht den Vollzugsdruck auf den Asylbereich ganz

massiv. Im Initiativtext werden auch Personen aus dem Asylbereich, die sich länger als ein Jahr in der Schweiz aufhalten, mitgezählt. **Die Behörden sind also gezwungen, die Asylverfahren innerhalb eines Jahres abzuschliessen und auch zu vollziehen.** Ebenso wird die häufig missbräuchliche Anwendung der «vorläufigen Aufnahme» eingedämmt: Asylsuchende, deren Ausschaffung schwierig geworden ist, werden «vorläufig aufgenommen», halten sich dann über Jahre in der Schweiz auf, werden aber trotzdem nicht der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung zugerechnet.

Die illegale Einwanderung ist nicht mit gesetzgeberischen Massnahmen zu lösen, sondern erfordert eine bessere Überwachung der Grenzen.

Trotzdem enthält die Initiative auch im Bereich des Kriminaltourismus eine Forderung, die den Anreiz eines Gefängnisaufenthaltes in der Schweiz drastisch reduzieren wird. Das Pekulium (Gefangenelohn) soll gemäss Initiativtext der Kaufkraft des Herkunftslandes des Betroffenen angepasst werden. **Dies beseitigt die Unsitte, dass in Schweizer Gefängnissen das Pekulium oft höher liegt als der Lohn für eine normale Erwerbstätigkeit im Herkunftsland des ausländischen Delinquenten.**

8. Die Initiative gewährleistet eine differenzierte Ausländerpolitik.

Unter dem Dach einer maximal möglichen – und im internationalen Vergleich extrem hohen – Ausländerquote steht es dem Gesetzgeber frei, eine differenzierte Zulassungspolitik zu gestalten, welche die Interessen der Schweiz berücksichtigt und die humanitäre Tradition weiterführen kann.

9. Asyl- und Ausländerpolitik werden NICHT vermischt.

Die Initiative bewirkt keine Vermischung der Asyl- und der Ausländerpolitik. Sie verlangt lediglich eine ehrlichere Zählweise als heute, indem sie Personen aus dem Asylbereich mit einem Aufenthalt von mehr als einem Jahr ebenfalls zur ausländischen Wohnbevölkerung mitzählt. Dies entspricht genau der Stellungnahme der FDP Schweiz vom 31. Oktober 1995 im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zum Bericht über eine schweizerische Migrationspolitik: **«Im Sinne einer glaubwürdigen Ausländerstatistik sind die nicht-ständige ausländische Wohnbevölkerung, die Asylbewerber sowie die abgewiesenen, jedoch noch nicht rückgeführten Asylbewerber in die Statistik aufzunehmen.»**

10. Die Initiative baut Bürokratie ab und verhindert unnötige Kosten.

Bei der vorliegenden Initiative handelt es sich um einen Verfassungstext. Die Definition der Personenkategorien, die nicht mehr zur ständigen ausländischen Wohnbevölkerung zählen, ist jedoch im Gesetz vorzunehmen. Dies entspricht üblichem Vorgehen bei Verfassungsänderungen.

Alle im Initiativtext erwähnten Begriffe für Personenkategorien finden sich bereits heute in der geltenden Gesetzgebung und müssen nicht neu definiert werden.

Die Bezeichnungen «Führungskräfte, qualifizierte Wissenschaftler, Künstler» usw. wurden schon 1986 in der Begrenzungsverordnung definiert. Das Rad muss also nicht neu erfunden werden, im Gegenteil, der heutige Begriffswirrwarr wird drastisch reduziert.

11. Die 18-Prozent-Limite führt NICHT zu vermehrten Einbürgerungen.

Es ist falsch anzunehmen, eine Stabilisierung der Ausländerzahl – wie es die Initiative verlangt – führe zu vermehrten Einbürgerungen. Über eine allfällige Lockerung der Einbürgerungsgesetzgebung könnte das Schweizer Volk abstimmen und damit seinen Willen ausdrücken. Es ist wohl unsinnig, zu behaupten, eine Ablehnung der Initiative und damit ein weiter steigender Ausländeranteil führe tendenziell zu eher weniger Einbürgerungen. Das Gegenteil dürfte der Fall sein: Ein nach Ablehnung der Initiative mit Sicherheit zu erwartender, stetig ansteigender Ausländeranteil wird zu mehr Einbürgerungen führen.

12. Das neue Ausländergesetz ist KEINE Alternative zur Initiative.

Im vom Bundesrat vorgelegten Gesetzesentwurf steht der Kernsatz: «Die Zuwanderung darf eine ausgeglichene demographische und soziale Entwicklung nicht beeinträchtigen».

Derartige «Gummiformulierungen» haben schon bei früheren Versuchen, die Zuwanderung in geregelte Bahnen zu lenken, völlig versagt. Für Angehörige der EU-Mitgliedstaaten und deren Familienmitglieder ist das neue Gesetz nur noch in den wenigen Fällen subsidiär anwendbar, in denen die bilateralen Abkommen keine abweichenden Bestimmungen enthalten oder wenn die Regelung im Gesetzesentwurf günstiger ist. Da derzeit über eine Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die EFTA-Staaten verhandelt wird, sind also vom neuen Gesetz vor allem Ausländer aus Nicht-EU/EFTA-Staaten betroffen.

Der Gesetzesentwurf beschränkt sich wie schon das alte Ausländergesetz (ANAG) im wesentlichen auf die Zulassung von Arbeitskräften (von ausserhalb EU/EFTA-Staaten), wobei in kurzfristiger Art und Weise alle gesellschafts-

und staatspolitisch wichtigen Interessen ausgeblendet werden.

Ausgerechnet aber beim Familiennachzug, der grössten Zuwanderungskategorie, werden Rechtsansprüche eingeführt, welche die Zuwanderungszahlen von ausserhalb der EU und der EFTA noch weiter in die Höhe schnellen lassen. So ist vorgesehen, für Kurzauf-

13. Das Ausland wird bei richtiger Information positiv reagieren.

Wenn dem Ausland erklärt wird, dass wir in den neunziger Jahren über eine Million neue Aufenthaltsbewilligungen erteilt haben, so wird jedermann im Ausland volles Verständnis haben, dass das Volk mit einer Initiative einen Riegel

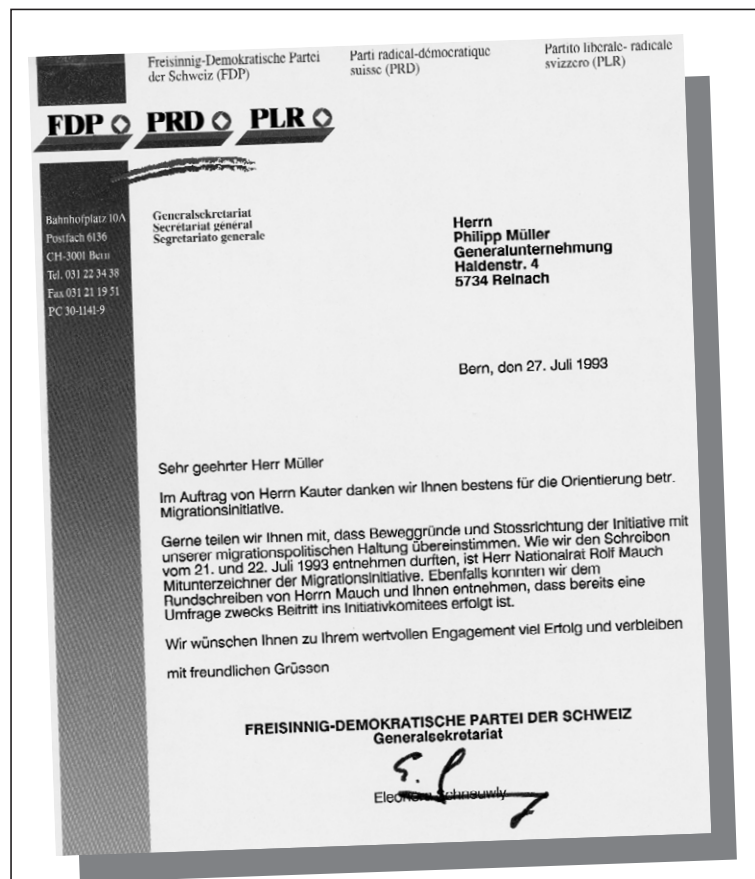
tionalen Menge von 38 Millionen Zuzüger innert zehn Jahren, in der EU sogar 53 Millionen (d.h. mehr als die Einwohner der acht EU-Staaten Schweden, Dänemark, Finnland, Irland, Österreich, Luxemburg, Belgien und Griechenland zusammen).

14. Volkswirtschaftlich ist eine Limitierung nicht nachteilig.

Dr. oec HSG Peter Füglistaler schreibt in «Hilfe die Schweiz schrumpft»:

«Verschiedene Studien belegen, dass die bisher praktizierte Ausländerpolitik die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit der Schweiz beeinträchtigt hat. Mit dem unbeschränkten Zuzug ausländischer, billiger Arbeitskräfte werden wohl steigende Löhne vermieden. Damit wird die Ersetzung von Arbeit durch Kapital jedoch gebremst, was mittelfristig zu einer geringeren Produktivität und damit zu Wettbewerbsverlusten gegenüber dem Ausland führt. Prof. Straubhaar schätzt die Kosten dieser verfehlten Einwanderungspolitik auf 100 Mio. Franken jährlich. Nur hochqualifizierte und hochproduktive Arbeitskräfte tragen dazu bei, die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz zu erhöhen. Eine hohe Wertschöpfung ist in Zukunft unabdingbar, um die demographischen Kosten zu tragen. Eine auf billige Arbeitskräfte ausgerichtete Ausländerpolitik führt deshalb auf gesamtwirtschaftlicher Ebene zu Strukturverlusten und verlangsamter Realisierung des technischen Fortschritts.»

Die heutige Politik steht im Widerspruch zur Erkenntnis vieler Ökonomen. Die Tiraden von Arbeitgeberseite gegen die Initiative, weil angeblich zu wenig Arbeitskräfte ins Land geholt werden könnten, zeugen davon, dass man aus der Geschichte nichts gelernt hat. Man vergisst offensichtlich, dass jede Arbeitskraft auch ein soziales Umfeld (Familiennachzug) mit sich bringt. Die Zulassung von Arbeitskräften ist daher nicht nur unter rein ökonomischen Gesichtspunkten zu beurteilen; mindestens so stark zu gewichten sind auch die staats- und gesellschaftspolitischen Folgen. Im Zeichen der anziehenden Konjunktur scheint wieder jedes Mass verloren zu gehen. Der Antrag des Bauernverbandes auf ein Sonderkontingent von 2'000 bis 3'000 zusätzlichen Landarbeitern aus Osteuropa dürfte einen ersten Vorgeschmack davon geben.



Vor der Lancierung der Initiative ist der Initiativtext der FDP Schweiz zur Beurteilung vorgelegt worden. Wie dem oben abgebildeten Schreiben zu entnehmen ist, war die Antwort ermutigend. Das erwähnte «wertvolle Engagement» wird heute von der FDP Schweiz mit allen Mitteln bekämpft.

Wenn Sie auch der Meinung sind, es handle sich um ein «wertvolles Engagement», stimmen Sie am 24. September 2000

«Ja» zur Eidgenössischen Volksinitiative

Für eine Regelung der Zuwanderung

enthalten den Familiennachzug zu ermöglichen; beim Nachzug von ausländischen Familienangehörigen von Schweizern soll der Personenkreis – mit Rechtsanspruch auf die Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung – ausgedehnt werden, und für den übrigen Familiennachzug sowie die Erteilung und Verlängerung von Aufenthaltsbewilligungen sollen weitere Rechtsansprüche eingeführt werden.

Unter dem Strich handelt es sich um ein Gesetz, welches die Einwanderung in die Schweiz noch mehr fördern wird, wobei durch die Schaffung von Rechtsansprüchen unsere Gerichte noch zusätzlich belastet werden.

schieben will. Wenn darüber hinaus bekannt wird, dass von dieser Million Zuwanderer 52,6 Prozent von ausserhalb der EU oder EFTA stammten, dürfte dies erst recht grosses Erstaunen auslösen. Die Zuwanderung in die Schweiz entspräche in den USA einer propor-

Allen gegenteiligen Behauptungen zum Trotz: Diese Initiative ist wirtschaftsfreundlich. Die Opposition der Wirtschaft kann höchstens dadurch erklärt werden, dass sie die Absicht verfolgt, im grossen Stil ausländische Arbeitnehmer zu Billigslöhnen zu importieren. Erfahrungsgemäss werden solch unqualifizierte Arbeitskräfte bei der ersten kleinen Wirtschaftsflaute wieder arbeitslos.

Übervölkerung schadet auch psychisch!

Ein wenig beachteter Aspekt bei der Diskussion der 18%-Initiative

Dr. med. Jean-Jacques Hegg, Facharzt für Psychiatrie FMH, a. Nationalrat

Es gibt eine wichtige ethologische, verhaltenspsychologische Erkenntnis im Hinblick auf die bevorstehende Volksabstimmung zur sogenannten 18%-Initiative. Im Allgemeinen wird von jedermann zugegeben, dass eine zeitlich gedrängte Einwanderung in grossem Stil gewisse soziale Probleme im Sinne materieller Schwierigkeiten schafft: die Einwanderer, etwa arme Asylantragsteller, sind kurzfristig materiell zu versorgen, es ist ihnen dringender Wohnraum zu beschaffen, später sind ihnen Arbeitsplätze zu vermitteln, für ihre Kinder Schulen einzurichten, die öffentlichen Budgets werden belastet usw. Weniger bekannt und anerkannt ist hingegen das Problem, dass eine andauernde Einwanderungsbewegung durch die unvermeidlich mit ihr verbundene Steigerung der Bevölkerungsdichte neben ökologischen Belastungen auch soziale Schwierigkeiten verhaltenspsychologischer Art verursacht. Es ist die Wissenschaft der Humanethologie, welche uns diese Erkenntnis vermittelt.

In städtischen Grossagglomerationen sind eine ganze Reihe von Störungen, die man auch als psychische bezeichnen könnte, häufiger als in ländlichen, dünn besiedelten: die Selbstmordrate ist erhöht, es finden häufiger rohe Gewaltanwendungen statt, nicht nur im Sinne einer erhöhten Rate von formaljuristisch erfasster Gewaltkriminalität, die Abhängigkeit von Rauschmitteln, Drogen, Psychopharmaka, Schmerz-, Schlaf- und Beruhigungsmedikamenten ist häufiger, Essstörungen, auch psychosomatische Krankheiten wie Asthma nehmen zu, Kinder werden vernachlässigt, nicht zu vergessen die Sexualstörungen, verbunden mit dem Absinken der Fruchtbarkeit, auch rein medizinisch messbar als Schrumpfen der Spermienzahl pro Kubikmilliliter Samenflüssigkeit und absolut.

Übervölkerung ist unumkehrbar!

Besonderes Gewicht erhalten die ethologischen Bedenken gegen eine Politik der Förderung einer andauernden Einwanderung durch den Tatbestand, dass die materiellen Probleme der Masseneinwanderung verhältnismässig kurzfristig anfallen und grundsätzlich immer als zukünftig lösbar erscheinen, was für die ethologischen – wie

übrigens auch die ökologischen! – in weit geringerem Masse zutrifft! Es sind keine akzeptablen politischen Massnahmen bekannt, mit welchen man eine als zu gross erachtete Bevölkerungskonzentration wieder rückgängig machen könnte!

In der modernen Welt ist vor allem der souveräne Nationalstaat mit seiner Einwanderungskontrolle an den Territoriumsgrenzen Ausdruck für das genetisch, also erblich vorprogrammierte Verhalten zum Schutze lebensbedrohlicher Bevölkerungskonzentrationen. Besonders in Westeuropa, anderswo weit weniger, glauben wir allerdings unter dem Stichwort einer schicksalhaft fortschreitenden «Globalisierung», dass er ein Auslaufmodell sei. Nationale Grenzen würden in einer näheren Zukunft ohnehin wegfallen. Aber ist dem wirklich so? Die USA zum Beispiel sind keineswegs zimperlich bei ihren Grenzkontrollen und sehr zurückhaltend bei der Zulassung von neuen Einwanderern, auch wenn diese Asyl suchen! Sie setzen sich damit für ihre Schützlinge, nämlich die bereits in den USA lebenden Menschen ein, indem sie sie vor einer Übervölkerungssituation zu schützen suchen!

Nationalistischer US-Imperialismus

Der Prozess der Globalisierung wird kaum je kritisch hinterfragt. Ist er wirklich jene schicksalhaft vorgegebene, unvermeidliche, weil natürliche Entwicklung mit dem Schleifen sämtlicher nationaler Grenzen zu einem Gebilde, in welchem inskünftig alle Menschen gleichberechtigt sein würden, als die sie die veröffentlichte Meinung in Westeuropa hinstellt? Ist er nicht weit eher eine zunehmende Weitbeherrschung durch die US-Amerikaner?

Die Vereinigten Staaten benützen das kunstvoll ausgebaute Geflecht UNO, vor allem Sicherheitsrat / NATO / EU, um ein imperialistisches Hegemonialsystem rund um den Globus aufzubauen. US-Firmen kaufen selbstverständlich auf der ganzen Welt Beteiligungen zusammen. Welche aber, eine Nicht-US-Firma sollte sich erfreuen, in den USA ein Gleiches zu tun! Sie drohen mit dem Richter. US-Bürger benützen das militärische Nachrichtenbeschaffungssystem «Echelon» zur Wirtschaftsspionage und verschaffen so den US-Firmen auf dem Weltmarkt Vorteile, durch die andere Wirtschaftsunternehmen an die Wand gedrückt werden, was wiederum ihrer weltweiten militärischen Präsenz dient. Wirtschaftliche und militärische

Hegemonie gehen so Hand in Hand. Schliesslich dürfte es kein Zufall sein, dass man uns überall in Westeuropa ein so genanntes Antirassismus-Gesetz aufgezwungen hat, während es in den USA nichts

Ähnliches gibt, obschon uns die grossen Medien anlässlich der entsprechenden Volksabstimmung angelogen haben, die USA stünden kurz vor dem Erlass eines solchen Paragraphen!

Siebte Überfremdungs-Initiative: 18 Prozent sind genug!

Mit der zum Glück gescheiterten «Mitenand-Initiative» wird diesen September unser Stimmvolk das siebtmal zu dem ewig ungelösten Problem der Überfremdung an die Urne gerufen. Es ist ein Problem! Denn ausser Zwergstaaten weist kein anderes Land eine derart hohe Zahl von Ausländern auf. Seit gut hundert Jahren ein Thema, behandelt mein Staatskundebuch (1922) die Frage und nennt erschreckend hohe Ausländerbestände in Genf, Basel und Zürich. Nach Kurt Guggenheim («Alles in Allem», 4 Bände, 1957) war die Stadt Zürich vor 1914 drauf und dran, eine reichsdeutsche, hochdeutschsprachige Stadt zu werden, ein Dorn im Fleisch. Durch eingezogene Kriegsteilnehmer einerseits, Einbürgerungen andererseits wurde das Bild geschönt. Ein Schulbuch («Geographie der Schweiz», 1971), hält fest, die Zahl der Ausländer näherte sich einer Million, so dass «wir die Einsicht gewonnen haben, dass wir bremsen müssen». Die Entwicklung des Landes soll zwar nicht stillstehen, aber doch in ruhigere Bahnen gelenkt werden» (Seite 186). Geschehen ist nichts. Initiativen, die den Ball aufnahmen, wurden mit vereinten Kräften durch Industrie, linke Parteien und Kirchen abgeschmettert.

Multikultur als Modewort

Italienisch, ja auch Französisch haben an Stellenwert verloren. An deren Stelle sind Englisch und Serbokroatisch getreten. Bekanntmachungen früher einsprachiger Gemeinden müssen in mehreren Fremdsprachen publiziert werden. Deren Sprecher sind häufig an den immer anspruchsvolleren Arbeitsplätzen nur beschränkt einsetzbar. Dennoch wird behauptet, sie zahlten uns AHV und Krankenkasse. Dieses Argument und die Behauptung, sie würden uns die Dreckarbeit abnehmen, sind an den Haaren herbeigezogen. Denn jeder arbeitende Einwanderer kann Angehörige nachziehen lassen. Es gibt überall im Land Schulklassen mit noch einem einzigen (deutschsprachigen) Schweizer Schüler. Die Kosten der Asylantenbetreuung, die Sozialfälle, die erhöhten Gesundheitskosten der häufig gesundheitlich angeschlagenen Einwanderer schlagen immer mehr zu Buch.

Völlig verkannte Grössenverhältnisse

Die Schweiz ist auf der Erdkugel einem Stecknadelkopf gleich. Es ist einfach unmöglich, dass unser Land alle Ungerechtigkeiten, allen Hunger, alle Armut aus der Welt schaffen kann.

Meinen Vater hat man vor hundert Jahren in der Bezirksschule noch gewarnt vor der «Gelben Gefahr». Heute würde eine solche Aussage als Rassismus bestraft. Wir haben uns selbst kastriert. Wir sind eindeutig auf der Abschussrampe als «unabhängiges, freies Land». Adolf Guggenbühl (in «Die Schweizer sind anders», Schweizer Spiegel Verlag, 1967) titelt noch, es gäbe keine Pflicht zum Selbstmord. Und es sei nicht damit getan, dass wir in Europa weiterhin jodeln, fahnenschwingen, Trachtenfeste feiern. Die Schweiz sei verwundbarer als die meisten andern Länder (Seite 353).

Unsere Ausstrahlung sei nur möglich, wenn wir uns nicht gleichschalten lassen und der Sonderfall Schweiz bestehen bleibe.

Anpasserei heute

«Nicht ins Ausland wallfahrten», versprach der Bundesrat vor dem zweiten Weltkrieg. Diese stolze Aussage ist obsolet (veraltet). Bundesrat und die Mehrheit der Bundesparlamentarier sind müde geworden. Geschichtsfälschung ist an der Tagesordnung. Wir sind alle mit Mythen hereingelegt worden, der Bundesbrief von 1291 (in Schwyz zu besichtigen) sei eine Fälschung, Auschwitz liege in der Schweiz und überhaupt «Suiza no existe». Wir sind auf dem Weg, «Selbstmord» zu begehen, wofür zwar keine Pflicht besteht (Guggenbühl, 1967). Zuerst die Armee abschaffen, dann den Franken, unsere erkämpften Freiheiten. Wir unterziehen uns fremden Richtern. Unserer Industrie werden Bussen in Milliardenhöhe auferlegt. Die ständige, schrankenlose Einwanderung zehrt an unserem Selbstbewusstsein, unterhöhlt Recht und Ordnung, auf die wir stolz sind.

Als Senior – mit 82 Jahren – habe ich einen Überblick, wie der Hase läuft». Mit dieser unaufhörlichen Einwanderung sinken wir ab zu einem Drittweltland. Darum meine ich: 18 Prozent sind genug!

Robert Berner, Rheinfelden

Wie sie uns belügen...

Auszüge aus der 1. August Ansprache 2000 von SD-Zentralpräsident Rudolf Keller

Liebe Leidensgenossinnen und Leidensgenossen

Wir freuen uns, dass sich auch dieses Jahr wieder der harte Kern unserer Partei, diesmal in Wettingen, zur 1. August-Feier trifft. Eigentlich sind wir alle Leidensgenossinnen- und Leidensgenossen, deshalb habe ich Euch auch so begrüsst.

- Wir leiden unter den vielen Fremden, die man legal und illegal in unser Land einreisen lässt.
- Wir leiden unter einer so genannten «Regierung», welche kein Rückgrat hat und immer anpasserscher wird.
- Wir leiden unter einem politischen, kulturellen, sprachlichen und geistigen Zerfall unserer Gesellschaft.
- Wir leiden unter der Arbeitsplatzkonkurrenz durch Ausländer.

Es sieht besorgniserregend aus in unserem Land. Unsere Heimat ist total überfremdet. Und dies nimmt immer schlimmere Formen an. Wenn ich die Schweizer Fussballmeisterschaft schauen möchte, so komme ich mir vor wie an einer Afrikameisterschaft. Am Fernsehen macht ein Schwarzer Reklame für Schweizer Butterzöpfe. Bestimmt ist es Euch auch schon aufgefallen: Überall in der Werbung gehören schwarze Leute dazu. So will man uns und vor allem die jungen Generationen besser daran «gewöhnen». An manchen Schulen sind unsere einheimischen Kinder in der Minderheit. Die Gefängnisse werden bereits sehr weitgehend von den andern belegt. Und Blutrache, Mord und Drogenhandel sind auch keine schweizerische Erfindung, usw.

Gezielt wollen uns die Promotoren der Wirtschaft, der Gewerkschaften, der Hilfswerke, des Bundesrates, von FDP, SP, CVP, Grünen und Teilen der SVP in diese Multi-Kulti-Welt hineinführen. In eine Welt, wo die braven Leute zunehmend untergehen. In eine Welt, wo immer mehr das Recht des Stärkeren herrscht. In eine Welt, wo immer mehr machen, was eigentlich verboten ist. So wie wir heute fühlen müssen wir festhalten: Es gibt nur noch wenige Orte in unserem Lande, wo wir uns wohlfühlen können. Diese Entwicklung ist politisch gefährlich, bedenklich und sie birgt auch sozialen und politischen Sprengstoff in sich.

Nicht gehaltene Versprechungen

Am kommenden 24. September haben wir die Möglichkeit, wohl eine der letzten Möglichkeiten, noch gewisse grössere Korrekturen anzubringen. Die Einwanderung muss begrenzt werden. Wenn unser

Land das nicht tut, geht es unter in einem internationalen Schmelztiegel. Oder noch deutlicher gesagt: Wenn wir diese Initiative nicht durchbringen, dann bleibt uns nur noch der Protest auf den Strassen übrig, um unseren Gefühlen noch Ausdruck zu verleihen. Es könnte durchaus sein, dass die Regierenden diese Sprache verstehen und erst dann bereit sind, zu handeln. Auch in diesem Abstimmungskampf wird ja das Volk wieder belogen. Vor früheren Abstimmungen zu Ausländerinitiativen versprach der Bundesrat dem Volk wörtlich «Stabilisierung und anschliessend schrittweise Herabsetzung des Ausländerbestandes». Der Bundesrat hat das nie gemacht, also hat er das Volk angelogen. Ein andermal wurden Gesetzesrevisionen versprochen, die das Problem entschärfen würden. Aber der Ausländerbestand nahm zu und zu. Auch das waren leere Worte, die nichts brachten, abermals Lügen. Und jetzt ist Frau Metzler dran. Ein Gesetz wolle man schaffen, das die Probleme löse. Meine Damen und Herren, wir werden wieder angelogen. Die wollen mit diesem Gesetz noch mehr Familiennachzug. Schon heute beruht der Hauptteil der Einwanderung auf dem Familiennachzug. Erschwerend kommt hinzu, dass die Ausländer bereits jetzt höchste Geburtenraten haben, höhere als wir Einheimischen. Man sieht's an immer mehr Schulen, wo unser Kinder in die Minderheit versetzt werden. In diesen Schulen wird in manchen Fächern kein guter Unterricht mehr geboten. Man müsse Rücksicht nehmen auf die andern. Deutsch lernen unsere Kinder nur noch schlecht und recht. Englisch ist ja die Weltsprache und in vielen Hinterhöfen dominiert serbisch, kroatisch, türkisch, albanisch usw. Wenn das so weitergeht, regieren dereinst die Ausländer in unserem Lande. Dem gilt es am 24. September entgegenzutreten. Und dabei wissen wir: Wir werden von Leuten regiert, die es noch vor jeder Überfremdungs-Abstimmung verstanden haben, die Mehrheit mit Lügen und falschen Versprechen hinter sich zu bringen. Darum müssen wir jetzt den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern klar machen, dass sie nicht mehr auf diese billigen Propagandatricks hereinfallen sollen. Wer am 24. September nein zur Initiative «für eine Regelung der Zuwanderung» stimmt, der stimmt in Wirklichkeit für noch mehr Ausländer im Land! Der hilft mit, unserem Lande den Todesstoss zu geben.

Und was macht die allseits freundliche Frau Metzler? - Sie reist in den Kosovo und nach Kroatien. Dies in



der irrigen Meinung, wenn unser Land einige Kriegsflüchtlinge zurückschicke, seien die Probleme in unserem Lande merklich entschärft. Das reicht aber nicht. Die Überfremdung muss jetzt und schnell gestoppt werden, sonst geht unser Land in einem internationalen Multi-Kulti Schmelztiegel unter.

Die Zeche bezahlen wir

Wir können uns in unserem Einsatz für Volk und Heimat auf nichts und niemanden mehr verlassen, ausser auf uns Schweizer Demokraten selbst. Lange dachten wohl noch einige unter uns, dass man sich auf die SVP und ihren Herrn Blocher verlassen könne. Aber spätestens seit der fürs Antirassismusgesetz, für die Bilateralen Verträge und gegen die 18%-Ausländerinitiative ausgesprochen hat, wissen wir alle: Auf den können wir nicht bauen, der ist auch unser Gegner! Auch der schummelt das Volk an. Vor den Wahlen verlangt der Milliardär in Grösstinserraten und manchmal auch lauthals die Begrenzung der Einwanderung. Wenn es dann drauf ankommt, liegt ihm das Geschäft mit den Fremdarbeitern offenbar näher. Nicht die Anzahl Ausländer seien das Problem, erklärte er unlängst am Radio, sondern die vielen Asylanten und die Asylmissbräuche. Sicher ist das auch ein Problem, aber die Anzahl Asylbewerber machen unter all den vielen Fremden in unserem Lande nur einen sehr kleinen Anteil aus. Das müsste auch Herr Blocher wissen. Und er wirts wohl auch wissen. Der besagte Herr ist eben ein Grosskapitalist. Und diese Spezies Mensch macht das Geschäft mit vielen Ausländern und auch mit uns kleinen Leuten, genau gleich wie Herr Ebner das macht. Die Zeche zahlen immer wir. Sei es durch Lohnrückerei, Arbeitsplatzkonkurrenz, Arbeitsplatzabbau, Fusionen und, und, und... Unlängst wettete Herr Blocher in einem Traktat gegen die Sozialisten und Kommunisten. Gleichzeitig

macht er mit den Chinesen und wohl noch mit andern Sozialisten gute Geschäfte. Das passt wie eine Faust aufs Auge. Ein solcher Mensch kann gar nicht glaubwürdig sein. Wir tun gut daran, auf unsere eigene politische Kraft zu setzen und nicht auf ihn.

Wir können uns aber auch nicht auf unsere Bundesräte verlassen. Herr Deiss will direkt in die EU, sagte das auch noch ein halbes Jahr vor der Bilateralen Abstimmung. Drei Wochen vor der Abstimmung galt das alles nichts mehr, weil die Taktik regierte. Dann erklärte der Herr Bundesrat eben, dass man nicht schnellstmöglich in die EU wolle. Man wolle zuerst mal schauen, abwarten, Erfahrungen sammeln. Ein Mann ein Wort? - Mitnichten! Der biegt alles so zurecht, wie es ihm gerade in sein Tagesprogramm passt. Er biegt und krümmt alles so um, dass man mit Fug und Recht von einer Hüst- und Hottpolitik reden kann. Aber wenn es genügend Leute gibt, die so etwas glauben, die solche Politiker auch wählen, dann darf man sich nicht wundern.

Und erst noch der Herr Ogi mit seinen Sprüchen. Zwischen der Schweiz und Deutschland gebe es keine Probleme, sagte Schröder, als der Kanzler vom Reich zur Visite in der Schweiz war. Dabei sind die Flughafenprobleme doch beträchtlich, und Ogi kuschte still und leise. Er entpuppt sich immer mehr als einer, der auch rückwärts laufen würde, wenn man das von ihm im Ausland verlangen würde. Und er tut alles, damit er im Ausland sogenanntes Ansehen geniessen kann, er ist anpasserscher geworden. Trotz Blauhelm-Nein schickt er Schweizer Truppen ins Ausland. Unser Land müsse der UNO beitreten und sich der EU annähern, damit wir mitreden können. Mitreden, das ist wohl ein Witz!

EU-Boycott nach Multi-Kulti-Leseart

Wie ist denn das mit dem Mitreden im Ausland und in den grossen internationalen politischen Organisationen? Wenn wir der EU beitreten, dann könnte Herr Ogi mit seinen Kolleginnen und Kollegen Bundesräten an all diese internationalen Konferenzen gehen und sie kämen dann auch aufs Föteli. Das zählt ja bei diesen Leuten, dabei sein ist alles. Sie wollen auch möglichst viel selbst entscheiden und wo immer möglich, das Volk ausschalten. Die EU ist nach diesem Strickmuster aufgebaut. Diktatorisch. Mitreden - das kann man



Kanton Bern



Stadtratswahlen in Biel:

SD-Liste 14: Die sozial-patriotische Alternative

Die Schweizer Demokraten (SD) treten wiederum bei den Bieler-Stadtratswahlen vom 24. September 2000 mit einem eigenen Wahlvorschlag an. Ziel ist es, den bisherigen SD-Sitz zu verteidigen und möglicherweise sogar noch einen zweites Mandat hinzuzugewinnen.

Die SD-Liste umfasst folgende kumulierte Namen:

- René Kiener, geb. 1971, Automonteur/Lastwagenchauffeur
- Beatrice Haymoz, 1965, Concierge/Hauswartin
- Marcel Oechlin, 1960, Maler
- Mathys Jean-Claude, 1955, Verkäufer

Aufgrund des Wahlergebnisses anlässlich der Nationalratswahlen 1999 in der Stadt Biel sind die SD optimistisch, den bisherigen SD-Sitz spielend zu verteidigen. Insbesondere wollen die SD eine sozial-patriotische Alternative zur FPS bilden. Neben den traditionellen SD-Themen wie Bekämpfung des Asyl- und Drogenmissbrauchs, der Erhaltung der Sicherheit, sowie Recht und Ordnung in der Stadt Biel sind den SD auch soziale Themen wichtig. So wollen die SD keinen weiteren Lohn-, Stellen- und Sozialabbau inner- und ausserhalb der Stadtverwaltung und keine zusätzlichen Privatisierungen der von der Stadt geführten Betriebe.

*SD-Medienmitteilung vom
14. August 2000*

Wir bitten sämtliche SD-Mitglieder und -Freunde in der Stadt Biel, die heimatentreue SD-Stadtrats-Liste 14 unverändert einzulegen. Herzlichen Dank.






Stadt Bern:

Reitschule soll nicht länger Berns Schandfleck sein

Die Schweizer Demokraten (SD), Stadtsektion Bern, wollen dem rechtsfreien Treiben in der Reitschule endlich ein Ende bereiten und empfehlen die rechtsbürgerliche Volksinitiative «Reitschule für alle» zur Annahme.

Berns Schandfleck soll nicht länger ausschliesslich den heutigen anarchistischen Nutzerinnen und Nutzern überlassen werden. Ein geteilter Gewerbe- und (nicht links-alternativer) Kulturbetrieb bringt künftig auch Miteinnahmen für die Stadt und würde zudem die Kosten für Strom, Wasser und Kehrichtabfuhr abgelden.

Veranstaltungskalender

Kanton	Sektion	Veranstaltung
Aargau 	Bezirk Aarau	Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr
	Bezirke Baden / Brugg / Zurzach	Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen
	Bezirkspartei Bremgarten	Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Freiämterhof, Villmergerstrasse 7, Wohlen
	Sektion Kulm	Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Central, Reinach
	Bezirkspartei Lenzburg	Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Lindenhof in Schafisheim
Bern 	Stadt Bern	Stammtisch jeden letzten Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Bären, Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern
	Sektion Berner Oberland-Ost und Berner Oberland-West	Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg
	Sektion Oberraar- / Mittelland / Emmental	Stammtisch jeden dritten Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Fankhauser in Langenthal
	Sektion Schwarzenburg/Seftigen/Laupen	SD-Stamm immer am letzten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg
	Sektion Seeland/Biel	Höck jeden 1. Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Kongresshausrestaurant in Biel
	Sektion Thun/Konolfingen	Stamm jeden letzten Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Romantic, Pestalozzistr. 95, Thun
Luzern 	Innerschweiz	Höck jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstrasse 103, Luzern
St. Gallen 	Sektion St. Gallen und Umgebung	Stamm jeden letzten Mittwoch im Monat ab 19.30 Uhr in einem Saal des Restaurants Dufour in St. Gallen.
	Sektion Wil und Umgebung	Stammtisch-Höck am 11. September 2000 und 9. Oktober, 20.00 Uhr im Restaurant Fass, Hubstrasse in Wil
Zürich 	Sektion Bülach	Stammtisch jeden letzten Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Sternen, Kirchgasse 36, 8302 Kloten
	Sektion Dielsdorf	Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hardegg (beim Bahnhof), 8105 Regensdorf
	Sektion Hinwil	Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Metzg, Walderstr. 19, Hinwil Familiengrillplausch am Sonntag, 1. Oktober 2000, ab 12 Uhr im Schützenhaus Wernetshausen (ob Hinwil), Ländlerkapelle, für Rückfragen: Roland Brändli, 079 - 691 34 76
	Sektion Limmattal	Stammtisch am ersten Dienstag des Monats, ab 19.30 Uhr, Restaurant Nassacker in Schlieren
	Sektion Uster	Stammtisch jeden zweiten Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hecht in Dübendorf


Kanton Zürich


SD: Nein zur Ladenöffnung bis 23 Uhr

Der Parteivorstand der Schweizer Demokraten (SD) des Kantons Zürich hat für die kantonale Volksabstimmung vom 24. September 2000 die folgenden Empfehlungen beschlossen:

Ruhetags- und Ladenöffnungsgesetz **Nein**

Strassengesetz (Änderung) **Nein**

Gesetz über die Zusatzleistungen zur AHV/IV (Änderung) **Nein**

Die heutigen Ladenöffnungszeiten ermöglichen es allen Bürgerinnen und Bürgern, ihre Einkäufe zu tätigen. Eine Ausdehnung bis 23 Uhr

wäre nicht nur eine Zumutung fürs Verkaufspersonal, sondern brächte auch zusätzlichen Verkehr bis in die späten Abendstunden.

Das derzeit bestehende Velowegnetz ist unzureichend. Die nötigen Verbesserungen sollen nicht zugunsten von Strassenbauten, die noch mehr Motorfahrzeugverkehr auslösen, auf die lange Bank geschoben werden.

Die Schweizer Demokraten lehnen jeglichen Sozialabbau zulasten von Rentnern mit niedrigem Einkommen ab.

Alle drei Parolenbeschlüsse wurden **ohne Gegenstimme** (bei einzelnen Enthaltungen) gefasst.


Kanton Basel-Stadt


Grossrats- und Regierungsratswahlen vom 22. Oktober

Schweizer Demokraten mit Volldampf in die Wahlen!

Die Schweizer Demokraten ziehen mit insgesamt 77 Kandidierenden in den Grossrats-Wahlkampf. «Mir reede Glaartäggscht!» – lautet ihre Devise, die – es versteht sich von selbst – auch noch nach den Wahlen Gültigkeit hat. Mit Markus Borner, dem Kantonalpräsidenten der SD, stellt die Partei ebenfalls einen Kandidaten für die Regierungsrats-Wahlen, da heimattreu politisierende Regierungsräte in Basel Mangelware sind. «Die 1.-August-Feier auf dem Rhein darf nicht sterben!», so lautet die Petition, mit welcher die Schweizer Demokraten sanften Druck auf die Regierung ausüben wollen.

Wie bei den letzten Kantonalwahlen präsentieren die Schweizer Demokraten in vier von fünf baselstädtischen Wahlkreisen für die Grossratswahlen Kandidatenlisten. Erstmals treten die Schweizer Demokraten hierbei im Kleinbasel mit einer vollen, 35 Namen umfassenden Liste an. In den übrigen Wahlkreisen, Grossbasel-West, Grossbasel-Ost und Riehen, werden die Kandidatennamen kumuliert aufgeführt. Insgesamt treten 77 SD-Mitglieder und Parteilose, hievon 19 Frauen, an. Bei den Wahlen vor vier Jahren erzielte die Partei einen durchschnittlichen Wähleranteil von 6,1%. Im Kleinbasel erreichte sie ein Spitzenresultat von 8,2%. Die Partei gewann damals 8 Mandate. Die Parteileitung setzt sich zum Ziel, im künftigen

Kantonsparlament wiederum mit mindestens derselben Abgeordnetenzahl vertreten zu sein. Die Schweizer Demokraten portieren u.a. die vier bisherigen Grossräte Markus Borner, Margrit Buser, Patrick Cattin und den vor 4 Jahren auf der FPS-Liste gewählten Raymond Stöckli.

Brisante Wahlthemen

Den Schweizer Demokraten liegt die Interessenvertretung der Einheimischen im Zentrum ihres politischen Handelns. Diese Haltung wurde seit jeher im Grossen Rat mit zahlreichen in diese Richtung gehenden Vorstössen und Voten bekräftigt. Die Schweizer Demokraten handeln nicht nur während den kommenden Wahlkampfwochen, sondern immerzu nach der Devise: «Mir reede Glaartäggscht!».

Die Partei wird u.a. folgende Themen im Wahlkampf zur Sprache bringen: «Bessere Schulen für Schweizer Kinder!» (zwei entsprechende Vorstösse wurden nach der Mai-Sondersitzung des Grossen Rates zum Thema Schulen eingereicht). «Bekämpfung der Drogenszene mit all ihren Auswüchsen». Die SD setzten sich vor drei Jahren vehement für eine Annahme der Initiative «Jugend ohne Drogen» ein. Die Abstimmung ging leider verloren, doch zeigt sich heute, dass die politisch Verant-

wortlichen der wieder grösser werdenden Drogenszene beinahe ohnmächtig gegenüberstehen und künftig nun noch direkt an Süchtige Heroin abgeben wollen (!). Die Schweizer Demokraten werden in der neuen Legislaturperiode die vom Regierungsrat und den Regierungsparteien unterstützte Ausländer-Integrationspolitik bekämpfen. Diese Politik geht auf Kosten der Einheimischen. Es ist inakzeptabel, dass beispielsweise ausländische Schüler in der Basler Primarschule – vor der hiesigen deutschen Sprache – Türkisch, Albanisch usw. erlernen sollen. Die Partei bekämpft jegliche Absichten der Regierung, die Ghettoisierung der Ausländer gar noch zu zementieren. Prinzipiell haben sich Zugewanderte den Sitten und Gebräuchen der Einheimischen anzupassen und nicht Einheimische den Lebensgewohnheiten der Zugezogenen!

Eigener Kandidat bei den Regierungsratswahlen

Aufgrund der Tatsache, dass die Schweizer Demokraten mit der Politik mehrerer Regierungsräte absolut nicht einig gehen und die zusätzlichen Kampfkandidaten (insbesondere von der politischen Linken und einem bürgerlichen Hans Dampf in allen Gassen), alles andere als unterstützungswürdig sind, stellen die SD in der Person ihres Kantonalpräsidenten, Grossrat und Verfassungsrat, Markus Borner (44, Geschäftsleiter/Hörgeräteakustiker), eine wählbare Alternative für ein Regierungsamt. Ziel dieser Kandidatur ist es, einerseits den Wählern einen akzeptablen und befähigten Kandidaten anzubieten und andererseits die übrigen Regierungsratskandidaten in einen zweiten Wahlgang zu zwingen. Der Souverän soll wählen, d.h. auch «auswählen» können!

Petition zugunsten der 1.-August-Feier am Rhein!

Da sich die diesjährige 1. Augustfeier am Vorabend des Nationalfeiertages erwartungsgemäss wiederum eines regen Publikumsandrangs erfreute, scheint dem SD-Vorstand die derzeitige Haltung des Regierungsrates in dieser Frage mehr als zweideutig zu sein. Wird es dieses Volksfest in der bewährten breitgefächerten Form auch in den kommenden Jahren noch geben oder nicht? Laut halb-offiziellen Informationen scheinen von Regierungsratsseite her alle Optionen möglich zu sein. Deshalb lancieren die Schweizer Demokraten ab sofort diese Petition, um dem berechtigten Anliegen eines allseits geschätzten grösseren 1.-August-Anlasses am Rhein Nachdruck zu verschaffen (Unterschriftenbogen erhältlich bei: SD, Pf. 4219, 4002 Basel, Tel/Fax 061/272 96 02).

Schweizer Demokraten Basel-Stadt

Wahlkreis Grossbasel-West (46 Mandate)



Hammel Walter, Geschäftsleiter/Verwaltungsratspräsident, Vorstand SD-BS, Inspektion WBS, Präs. «Verein Hilfe für behinderte Kinder in Bulgarien»

Brodbeck Hans-Rudolf, Verwaltungsassistent PMD, Vorstand SD-BS, Verfassungsrat, Inspektion OS



Wolpert Roberto, Dipl. Krankenpfleger/Stationsleiter, parteilos, Mitgl. Personalaussschuss Bürgerspital, Mitgl. SBGRL, VCS



Tran Thai-Qui, Aufseher PMD, Vorstand SD-BS, Inspektion KKL, Präsident eines Kampfsportvereins

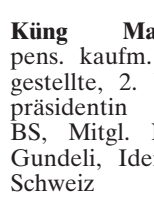


Reidiger Alfred, Pens. Spitalmitarbeiter/Bürgergemeinderat; **Egi Thien**, Elektroniker/Student; **Wenger Silvana**, Verkäuferin; **Gold Irène**, parteilos, kaufm. Angestellte; **Stoercklé Markus-Beat**, jun., Schriftsteller/Student; **Roch René**, parteilos, Immobilien-Kaufmann; **Moser René**, pens. Chef-Bäcker; **Däppen Bruno**, Gruppenleiter; **Rahmen Hans**, Abwart; **Burkhard Christoph**, Unternehmer; **Toth Georg**, parteilos, Taxihalter; **Hug Cornel**, pens. Chemie-Angestellter; **Naldi-Schmidlin Konstanzia**, pens. Verkäuferin; **Kollitsch John**, Verkäufer; **Moesch Marta**, pens. Bankangestellte; **Frei Fritz**, pens. Strassenbauer; **Grunder Johann**, pens. Chemie-Angestellter.

Wahlkreis Grossbasel-Ost



Buser Margrit, bisher, pens. Informatikerin, Fraktionspräsidentin, 1. Vizepräsidentin SD-BS, Mitgl. NQV Breite-Lehenmatt, AUF



Küng Madlen, pens. kaufm. Angestellte, 2. Vizepräsidentin SD-BS, Mitgl. NQV Gundeli, Identität Schweiz



Wie sie uns belügen

Fortsetzung von Seite 9



Stöckli Raymond, bisher, pens. Disponent, Präsident Ski- und Wanderclub BVB + Reiseclub Basel

Lustenberger Elisabeth, pens. Geschäftsinhaberin, Vorstand SD-BS / Protokoll, Mitglied Identität Schweiz, AUF



Jagher Bruno, Biologie-Laborant; **Grimaire Raymond**, Elektrozeichner; **Bärlocher Xaver**, Controller; **Bauer Alberto**, pens. Kaufmann; **Wirz Doris**, Hausfrau/Sekretärin; **Grünig Markus**, Zolldeklarant; **Müller Tim**, Elektromonteur/Student; **Egi Barbara**, parteilos, Unternehmerin; **Wirz André**, Maler; **Büchler Marcel**, Metallbauschlosser; **Szöke Anny**, pens. Krankenschwester; **Tran Thai Hoa**, Projekt-Sachbearbeiter; **Brunner Mario**, Luftverkehrsangestellter.

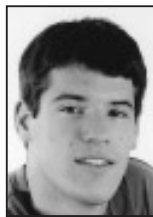
Wahlkreis Riehen (13 Mandate)



Wolpert Paul, Dr. phil., pens. Lehrer DMS, Mitgl. Pro Natura, Schweiz. Gesellschaft für Umweltschutz, IG OeV



Tschudin Paul, pens. Laborant, parteilos, Präsident Sekt. NWS Furka-Bergstrecke



Lang Marco, Elektromechaniker, parteilos, Hobbies: Reisen, Motorradfahren



Schmid Peter, Stellv. Teamleiter/Chefmonteur, parteilos, Mitgl. VPOD, Hobby: Motorradfahren

Wahlkreis Kleinbasel (35 Mandate)



Borner Markus, bisher, Geschäftsleiter/Hörgeräteakustiker, Verfassungsrat, Präsident SD-BS, Regierungskandidat, Mitgl. AUNS, Naturfreunde

Cattin Patrik, bisher, Elektromonteur, Vorstand SD-BS, Mitgl. Euregio-Kommission, Präsident FCB-Fan-Club, Mitgl. NQV Ob.KB, WWF, VSFH



Lacher Marcel, Spengler-Installateur, Vorstand SD-BS, Im und für die Bevölkerung Glai-basels engagiert, Tribündendienst FCB, Ver. Freunde kl.

Klingental Oswald Markus, Hauswart, Vorstand SD-BS, Del. Trägerverein Unt. KB, Fasnachtsgesellschaft ABD, Mitgl. VPOD



Givel Susanne, Hausfrau/Büro-Angestellte; **Ammann Roland**, Beamter; **Grimaire Alain**, kaufm. Angestellter; **Moser Paul**, parteilos, pens. BVB-Angestellter; **Zraggen Josef**, alt-Grossrat, pens. Zugführer SBB; **Wolf Oskar**, Kontrolleur; **Müller Rosmarie**, kaufm. Angestellte, Häusermann Theo, parteilos, pens. Gymnasiallehrer; **Moser Ernst**, parteilos, Verwaltungsangestellter PMD, Brodbeck Hans-Rudolf, sen., pens. Automechaniker; **Santini Fernando**, Gymnasiast; **Steiger-Bardet Antoinette**, Hausfrau, **Shambis Kevin**, kaufm. Angestellter; **Brechbühler Klaus**, Mechaniker; **Dunkel-Meyer Rosa**, pens. Psychiatrie-Schwester; **Schnyder Stefan**, Angestellter; **Cattin Ulysse**, Kaminfeger; **Tran Thai-Anh**, Swissair Special Assistant; **Egi Reto**, Unternehmer; **Dunkel Alfred**, parteilos, Hauswart; **Brodbeck Walter**, parteilos, Chauffeur BVB/Musiker; **Schafroth Paul**, pens. Computer-Techniker; **Widmer-Kessler Béatrice**, Hausfrau, **Lauber Peter**, pens. Krankenpfleger AKP; **Bolliger Jakob**, Kameramann; **Kipfer Martha**, pens. Filialeiterin; **Schmuckli Edith**, pens. kaufm. Angestellte; **Cazzato Oronzo**, pens. Chemieangestellter; **Kämpfer Olga**, Hausfrau; **Diriwaechter Siegfried**, pens. Zimmermann; **Zortea-Walz Edith**, pens. Sekretärin.

Wie sie uns belügen

Fortsetzung von Seite 7

schlicht vergessen! Die Völker haben nichts zu sagen. Es regieren die Staatschefs, manchmal noch ihre Ministerrunden. Es sind nicht einmal mehr die oberen Zehntausend, die das Sagen haben, sondern lediglich noch die oberen Hundert. Und genau dieses überhebliche Gebaren widerspricht unseren demokratischen schweizerischen Traditionen. Jetzt will der Kanzler noch dazu ein besserer E-U-röpäer

sein als die andern EU-Mitglieder. Zusammen mit dem Gallischen Hahn – auch ein Führertyp – will er «Führung» in die EU bringen, eine Vorreiterrolle für deren sogenannte Weiterentwicklung spielen – oder mit andern Worten gesagt: Deutschland und Frankreich sollen die EU jetzt anführen. Sie sind offenbar etwas Besseres. Dazu wollen sie gar ein spezielles Gremium einrichten. Die andern EU-Präsidenten haben sich dann zu fügen, zu gehorchen.

Wir haben ja auch hautnah miterleben dürfen, was passiert, wenn ein kleines Land was tut, das man nach Multi-Kulti-Lesart nicht tun darf. Man muss nur eine freiheitliche Partei in die Regierung nehmen und schon gibts Boykott. Boykott unter sogenannten Freunden, wohlgehemmt. Dieses Land wird dann ins Offside gestellt. Anschliessend werden drei EU-Weise bestellt, die das Land inspizieren sollen. Sie sollen abklären, ob in diesem demokratischen Land etwas Unrechtes getan wird, ob es eventuell vielleicht sogar Rassismus gebe. Wie erniedrigend für dieses Land! Nun gut, Österreich mit seinen «nur» 9% Ausländern. Die habens gut. Wir haben mehr als das doppelte in unserem Land. Wenn in Italien, einem Land mit 2,5% Ausländeranteil, wie letzte Woche geschehen, verschiedene Parteien dagegen aufmucken, dass immer mehr Ausländer vom Süden her einwandern, dann passiert nichts. Dann kommen keine 3 EU-Weisen zu Besuch und mustern das Land. Klar, Italien ist ein grosses EU-Land. Aber mit den Kleinen kann man machen, was man will. Das sollte doch für uns Schweizerinnen und Schweizer ein Lehrstück sein. Und in diesem Zusammenhang stellen wir mit Genugtuung fest, dass die Bevölkerungen in den EU-Ländern skeptisch und skeptischer werden. Nach den neuesten Umfragen sind immer weniger Leute von der EU als Institution überzeugt. Eine Mehrheit meint, dass die EU-Mitgliedschaft ihrem Lande nichts bringe. Beispielsweise wollen nur 30% der Engländer der Euro-Währung beitreten. Das alleine sagt schon viel aus. Die Regierungen der beiden sozialistischen Mächte Deutschland und Frankreich werden wohl Mühe haben, die EU noch weiterzuentwickeln nach ihrem Gusto, so menschenfern wie sie das anstreben.

Auf eigene Kraft bauen

Worauf können wir uns denn noch verlassen? Ja, vielleicht, dass Herr Steinegger das AHV-Rentenalter heraufsetzen lassen will. Und dass selbstverständlich – die SVP auch grossmehrheitlich dieser Meinung ist. Allerdings müssen uns diese Herrschaften zuerst erklären, wie sie unsere Arbeitsplätze bis zum Rentenalter sichern wollen. Denn die heutige Tendenz geht ja in die Richtung, dass man die Leute vor-

zeitig pensioniert. Die Bürgerlichen wollen uns länger arbeiten lassen, obwohl viele von uns schon ab dem 50. Altersjahr fast gänzlich ausgepresst sind wie eine Zitrone. Aber die andern sind auch nicht besser: Die Linken wollen die Renten anheben, obwohl das Geld dazu nicht vorhanden ist. Um die AHV zu sichern bräuchten wir mehr Einwanderung, sagen die Multi-Kultis. Aber ist es nicht so, dass, seit wir Masseneinwanderung haben, die Sicherheit der AHV-Renten zurückgegangen ist. Diese AHV-Rechnung geht so nicht auf. Wir sollten daher besser auf die eigene Kraft bauen.

Und als Tüpfchen auf dem i verkündet dann noch unsere liebe Sozialministerin, dass sie eine Krankenkassengesetzesänderung macht, die nichts kostet, dass folglich unsere Krankenkassenprämien nicht mehr – oder kaum mehr wesentlich – steigen werden. Dass auch dies gelogen war, wissen wir ebenfalls seit gut einem Jahr. Mit den Bilateralen zahlen wir zudem künftig noch Prämienvergünstigungen für im Ausland wohnende Familienangehörige von EU-Leuten, die bei uns im Land sind. Wir zahlen und zahlen. Mehr haben wir Ende Jahr trotz dieser oder jener Lohnerhöhung nicht auf dem Konto. Tendenziell haben die Leute mit kleinen Einkommen eher weniger im Portemonnaie. Das ist doch die Wahrheit. Zur gleichen Zeit sahnen die Grossen mit ihren Fusionen und Aktiendeals in Milliardenhöhen ab. Die Rechnung ist wirklich recht einfach: Wenn irgendwo sehr sehr viel angehäuft wird, fehlt dies an anderen Orten.

Ja, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, und wen haben wir denn da noch? Denn Herr Swisscom, der künftige Poststellenschliesser und Päckligebüherehöher! Seine EU-40-Töner werden ab nächstem Frühjahr durchs Land donnern. Und er wird nichts machen können gegen die verstopften Strassen. Staus warten auf uns, Stau und nochmals Stau. Er, der Herr Leuenberger hat es so ausgehandelt mit der EU. Das Volk hat ihm zugestimmt, was wir als Demokraten respektieren. Es darf aber einfach niemand kommen und darüber klagen, dass man sich auf unseren Autobahnen nicht mehr fortbewegen könne. So ist es auch mit dem Mehrflugverkehr über der Region Zürich und Basel. Bedenken wegen der zusätzlichen Flüge wurden geäussert, aber anlässlich von Volksabstimmungen von der Mehrheit in den Wind geschlagen. Heute fühlen sich dieselben Leute von den Regierenden betrogen. Ich frage mich einfach, ja wie lange wollen sich diese Leute von ihren Regierenden noch belügen lassen? Laut neuester Umfrage habe die Zufriedenheit der Bevölkerung mit dem Bundesrat sogar noch zugenommen. Da kommt mir schon ein ketzerischer Gedanke: Vielleicht ist es auch so, dass die Leute betro-

gen werden wollen. Erst dann sind sie scheinbar glücklich.

Da bleiben nur noch unsere Freunde de Couchepin und Villiger. Die sind verlässlich. Bei Herrn Villiger weiss man, dass er immer mehr Steuern einziehen will und von Herrn Couchepin ist bekannt, dass er eurogeil ist.

Wir kämpfen weiter

Liebe Anwesende, ich habe nun die Situation so dargestellt, wie wir sie

sehen und erleben. Das ist für viele von uns nicht einfach. Manchmal möchte man verzweifeln ob dieser Realitäten. Und trotzdem ist Optimismus angesagt. Als ich im letzten Herbst den Sprung nach Bern sehr knapp nicht mehr schaffte, musste ich mich fragen, ob es denn noch einen Sinn habe, weiterzukämpfen. Und ich habe mich entschieden: Solange ich noch einen Funken Hoffnung sehe, mache ich weiter. Die Erhaltung von Volk und Heimat mag ein hochgestecktes Ziel

sein, doch das wollen wir. Dafür stehen wir ein. Unsere Kinder sollen in einer lebenswerten Umgebung aufwachsen und sie sollen auch künftig noch wissen, was ihre Wurzeln sind, wo ihr Zuhause ist. Wir dürfen durchaus mit Stolz Schweizerinnen und Schweizer sein! Für uns ist der 1. August, der Nationalfeiertag, den wir Schweizer Demokraten erkämpft haben, ein Tag der Besinnung, aber auch ein Tag des Neuaufbruchs. Und, wer weiss, vielleicht lernen künftige Generationen sogar wieder die deutsche Sprache, jetzt nachdem die neue Sprachreform erwartungsgemäss am Scheitern ist. Wir sollten den kommenden Generationen mitgeben, dass sie um ihre Sprache kämpfen müssen und zwar um die Schriftsprache wie um die Mundart. Denn die Sprache ist der kulturelle Unterbau eines Staatswesens. Das gilt für all unsere vier Landesprachen. Wenn sie erhalten bleiben und ich mit meinem landesweiten Widerstand gegen die zerstörerische deutsche Sprachreform dereinst ins Recht versetzt werde, dann kann dieses altbewährte sprachliche Fundament auch der Ausgangspunkt sein für wieder mehr nationalen Zusammenhalt und Patriotismus. Ich bin sicher, dass die Zeit kommt, wo kleine Gebilde im wahrsten Sinne des Wortes wieder Mode werden, wo die Kleinräumigkeit wieder geschätzt wird, weil sie für uns Menschen überschaubarer ist als die grossen anonymen Gebilde, seien es Staaten oder internationale Organisationen. Und diese Überzeugung bedeutet für mich als Politi-

ker denn auch, dass unser Land als freies und selbständiges Staatswesen Zukunft hat. Auch wenn die Schweiz ein kleines Land ist.

Bedenken wir doch: Noch jedes grosse Reich ist irgendwann einmal zusammengebrochen. Zum Glück war das so, von Alexander dem Grossen, über das Römische Reich, zu Napoleon, Hitler oder die USSR. Die Geschichte lehrt uns, dass so grosse Gebilde auf Dauer nicht zusammengehalten werden können. Darum dürfen wir zuversichtlich sein, dass es auch in der EU immer mehr Risse gibt, bis diese auseinanderfällt. Heute bin ich optimistischer denn je, dass ich dies noch erleben darf. Und wenn man diese Optik hat, da regt man sich auch gar nicht mehr so fest auf über die Ogis, Leuenbergers und wie sie alle heissen... Während vieler Jahrzehnte Kommunismus war in Russland die Kirche verboten. Heute ist sie dort stärker denn je. Das müssen wir wissen, dann sehen wir die heutigen politischen Entscheide wieder in einem etwas anderen Lichte.

So rufe ich allen denn auch zu: Habt Mut und Zuversicht. Setzt Euch weiterhin idealistisch für unsere Grundwerte ein. Lasst sie heute Abend ringsherum ihre Knaller zünden, auch wenn viele nicht wissen, warum. Langfristig lohnt es sich, zu unseren Grundwerten zu stehen. In diesem Sinne wünsche ich allen einen schönen und besinnlichen 1. August. Mögen für uns nicht die Knallpetarden im Mittelpunkt stehen, sondern die Treue zu unserer Heimat und zum weissen Kreuz im roten Feld.

Clinton lobt Ogi



*Hans Steffen,
a. Nationalrat,
SD/ZH,
Fischtenthal*

Kommentar

Präsident Clinton dankt Adolf Ogi für seine Unterstützung, die dieser in der Angelegenheit um die Holocaust-Güter geleistet hat. Dass Amerikaner die Schweiz immer wieder mit Schweden verwechseln, ist bekannt, Präsident Clinton verwechselt aber Ogi mit Flavio Cotti, unseren damaligen Aussenminister, welcher entgegen jeder ausserpolitischen Praxis nicht hart mit der Regierung der USA verhandelte, sondern sich in serviler Manier vor dem World Jewish Congress verneigte.

Natürlich ist es für Clinton eine grosse Befriedigung, wenn die Schweizer Banken bereit sind, statt der vermuteten 60 Millionen Franken an nachrichtenlosen Vermögen, einen Tribut in der Höhe von 1800 Millionen an den US-Richter Kormann zu entrichten. Dass dieses Manöver von Clinton «als Akt der Gerechtigkeit» bezeichnet wird, ist ein unfreundlicher Akt des Präsidenten gegenüber einer befreundeten Bruder-Nation.

Was jetzt als Lobhudelei an die Adresse von Adolf Ogi folgt, ist schlicht widerlich. Clinton rühmt den Internationalisten Ogi und dessen Bemühungen, dem Schweizervolk die Mitgliedschaft in der Uno aufzuschwatzen. Er dankt Ogi für seine Führungsrolle, weiss aber nicht, dass wir in unserem Land immer etwas gegen Leute hatten und haben, welche sich in einer Führungsrolle wähen, sei es nun Stalin, Mussolini, Adolf Hitler oder Adolf Ogi.

Der NZZ sei Dank für die mutige Veröffentlichung dieses Briefes. Aus seinem Inhalt ist sicher eines zu entnehmen: Bundespräsident Adolf Ogi ist bei der kleinen, illustren Elite der «One-world»-Promotoren der Eastcoast der USA ein offenbar gern gesehener Mann – besser ein willfähiges Werkzeug. Für jeden hier im Lande, welcher noch eine Spur Freiheitsdurst empfindet, muss Bundespräsident Ogi als Sicherheitsrisiko gelten – um keinen stärkeren Begriff zu verwenden.

Unter diesem Titel veröffentlichte die NZZ am 22. August in deutschem Wortlaut einen Brief von Präsident Bill Clinton an Bundespräsident Adolf Ogi. Der Inhalt darf den Lesern des «Schweizer Demokraten» nicht vorenthalten bleiben, ist er doch ein historisches Zeugnis dafür, was im Mittelalter wohl als «gnädiger Dank eines Königs an seinen dienstbaren, tributwilligen Versalien» bezeichnet wurde.

Brief gemäss Übersetzung der NZZ:

«Dear Mr. President: Mit Ihrer Unterstützung haben wir in der Frage der Holocaust-Güter einen historischen Punkt erreicht. Ich beglückwünsche die Schweizer Banken, die hervorgetreten sind, um den Rückgabeprozess für die jetzt alten Holocaust-Überlebenden zu befördern. Es ist für mich eine grosse Befriedigung, dass dieser Akt der Gerechtigkeit nun endlich seine Vollendung findet.

Ich benütze die Gelegenheit dieser guten Neuigkeiten, um beizufügen, wie sehr ich Ihre internationale Einstellung schätze und die zahlreichen Bemühungen, Ihre Nation auf einen Weg des moderaten Engagements zu steuern. Ich weiss die bemerkenswerte Leistung zu schätzen, schweizerische Friedenseinheiten nach Bosnien und Kosovo zu senden sowie sich für die Schweizer Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen einzusetzen. Ich danke Ihnen für Ihre Führungsrolle, Ihren Grossmut und Ihr wachsendes Engagement angesichts der kritischen Probleme unserer Zeit. –

*Sincerely, Bill Clinton,
President of the United States.»*

SD-Logo als «Handy-Logo»

Ich (SD-Mitglied) habe für mein Handy ein SD-Logo (bzw. 2 Logos) gestaltet, dass das Betreiberlogo (Swisscom / DiAx / Orange) ersetzt.

Das Logo ist für folgende Nokia-Handys (Modelle) geeignet : 51xx / 61xx / 8810 / 9110 / 3210 / 8210 / 8850 / 7110 / 6210 / 6250 / 8890.

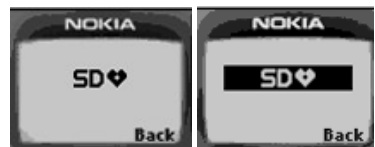
Es kann auch für eine bestimmte Anrufergruppe eingesetzt werden (z. Bsp. Aufblinken bei Anrufen von SD-Leuten) oder kann als Bildmitteilung versendet werden (nur Modelle 3210 / 8210 / 8850 / 8890).

Wenn jemand von Euch Interesse hat und auch auf seinem Handy seine Gesinnung kundtun will, möge er/sie sich doch bitte beim mir melden (rg@gsonline.com).

- Die «Installation» ist ganz einfach :
1. Telefon-Nummer 0900 777 020 wählen -> Man erhält einen persönlichen «Zahlenschlüssel»
 2. Den erhaltenen Zahlenschlüssel per e-Post an «sd-logo@gsonline.com» senden und die eigene Handynummer (wo das Logo hin soll / bitte Netz angeben

(Swisscom / DiAx / Orange) angeben. Zusätzlich angeben, welches Logo (sd1 oder sd2) gewünscht wird.

3. Sobald das E-Mail bei mir eingegangen ist, wird das Logo übertragen (kommt wie eine SMS an). Jetzt muss man das empfangene Logo nur noch «zeigen» oder direkt «speichern» und die «SD» ist auch auf dem Display dauerhaft sichtbar!



(Die 0900 777 020-Nummer kostet etwas über Fr. 4.– pro Minute; es dauert aber nur ein paar Sekunden. Diese Kosten sind nur für Übertragung (Internet-Gateway) des Logos fällig. Ansonsten entstehen absolut keine Kosten!)

Also, ich hoffe, ihr habt genau soviel Freude an dem Logo wie ich!

*Mit kameradschaftlichen Grüessen
R.Gantenbein
sd-logo@gsonline.com*

Der Leser hat das Wort



In dieser Rubrik werden die persönlichen Meinungen unserer Leser wiedergegeben. Diese decken sich nicht notwendigerweise mit derjenigen der Redaktion.

Gegen die Rechtsextremismus-Hysterie

Vorfälle wie kürzlich die Schieserei im Berner Marzili sind zweifellos zu verurteilen. Dass aber nun pauschal alles «rechts von Blocher» (und den SD) zur neuen Weltgefahr aufgebauscht wird und Strafrechtler Niggli als selbsternannter Papst in Sachen Antirassismusstrafnorm (ARG) eine weitere Verschärfung derselben fordert, geht entschieden zu weit. Innenpolitisch ist die Schweiz heute durch «Rechtsradikalismus» ebenso wenig bedroht wie in den

50er und 60er Jahren durch den Kommunismus. Der «Bünzli-Antikommunismus» begnügte sich aber mit Ausgrenzung, während der heutige «kämpferische Antifaschismus» seine Widersacher via ARG fertigmacht und bereits eine Reihe von ihnen wegen Meinungsdelikten hinter Gitter gebracht hat. Die geistige Stickluft ist damals wie heute unerträglich.

Peter Huber, Zollikofen
E-Post: peter.huber@bgb.ch

Jugend und die EU:

Ja zur Schweiz – Nein zur EU

Mit Freude haben wir festgestellt, dass sich viele Jugendliche, wie auch wir, für eine EU-unabhängige Schweiz engagieren. Das Beispiel der Jugendorganisation «Junge gegen Bilaterale» bewies dies deutlich. Nun gilt es, gegen einen EU-Beitritt anzutreten. Parlament und Bundesrat beabsichtigen oder nehmen in Kauf, dass die schweizerische Unabhängigkeit und Neutralität preisgegeben wird. Dies gilt es klar zu verhindern! Ein EU-Beitritt würde die Aufgabe unserer direkten Demokratie und des Föderalismus bedeuten. Natürlich

hätte ein solch verhängnisvoller Beitritt noch weitere Nachteile, wie zum Beispiel die Abtretung politischer Macht des Volkes an die Regierungen in Bern und Brüssel, weniger Sicherheit für die Bürger, Aufhebung der Grenzkontrollen, der nationalen Einwanderungspolitik und vieles mehr. Deshalb ist ein Beitritt zur bürokratischen und undemokratischen EU strikte abzulehnen. Dies nicht zuletzt auch für uns, die Schweizer Jugend.

M. Goetschi, Jahrgang 1982,
M. Walker, Jahrgang 1981.
E-Post: Mawalker@gmx.ch

Arbeit für Einheimische zu jeder Bedingung?

Das «Jobwunder» ist sicher für einige Arbeitnehmer Tatsache geworden. Jedoch ist die effektive Lohnerhöhung (sprich: Kaufkraft) bei sehr, sehr Wenigen eingetroffen. Wie viele Schweizer mussten Jobs und Lohn unter ihrer Qualifikation annehmen?, z. B. in einigen

Zentralwäschereien wie in Basel und Rheinfelden, die drohende Lohnverschlechterung beim Pflegepersonal. Oder habe unsere Politiker noch nie etwas von der sogenannten «Working-Poor» gehört? Diese Mitarbeiterinnen, die mit einer Vollzeitbeschäftigung ihren fi-

nanziellen Verpflichtungen nicht nachkommen können, die gezwungen sind den entwürdigenden Gang zum Sozialamt zu gehen. Was nützt diesen (man schätzt bis zu 20% der arbeitenden Bevölkerung!) Leuten, dass die Konzerne und Multis enorme Gewinne für ein paar wenige Shareholder/Ausbeuter schieffeln? Ist es nicht eine Schande, wenn im sogenannten reichsten Land der Welt Menschen sich abrackern für einen Hungerlohn? Mit der kommenden Personenfreizügigkeit können nun die Manager ihre Gewinne noch weiter optimie-

ren, dies mit Minimallöhnen für die ausländischen Mitarbeiter (was ein Anstieg der einheimischen Arbeitslosigkeit verursachen wird), die unsere sozialen Einrichtungen sprengen und den Wohnungsmarkt verteuern werden (Bilateralen «sei Dank») und somit die Schere zwischen Reich und Arm (noch) weiter vergrössern und die Kaufkraft schwächen. Zusätzlich frage ich mich, ob unsere Wirtschaft weiterhin so florieren wird, angesichts der nun knallharten Konkurrenz aus dem Ausland...

W. Pavan, Rheinfelden

Wider die Anglizismen

Sehr geehrter Herr Dr. Bäschlin, oh, wie habe ich mich gefreut beim Lesen Ihres Anti-Anglizismen-Artikels im «Schweizer Demokrat» (Nr. 6/7, «Ein Mahnruf der «Académie française»). Ich selbst liebe die englische Sprache, die ich fließend beherrsche. Umso mehr schmerzt mich dieses Mischmasch, mit dem unsere schöne deutsche Sprache, inkl. Dialekte, verstümmelt wird. Das treibt mir die Galle hoch. Know-how wird zum nau-

hau, das Steak zum Stiik, das sweat shirt zum Swiit-Schöört etc. In der Muttenser Hauptstrasse war lange Zeit ein Werbeplakat zu sehen, das auf einen «Fashion Store» hinwies. Dabei handelte es sich nicht etwa um ein Modegeschäft, sondern um moderne Stores! Schräg gegenüber war ein Hosen-Laden, mit «Drug Store» überschrieben. Ich wünschte, Ihr Artikel würde in vielen Zeitungen erscheinen.

Edith B. Spänhauer, Liestal

Ein etwas trauriger Geburtstag

Neulich war ich zu einer Geburtstagsfeier eingeladen. Als ich nachfragte, was man dem Geburtstagskind denn schenken wolle, bekam ich die Antwort, dass Geld gesammelt wird, damit sich der zu Beschenkende endlich eine Zahnprothese leisten kann. Das ist beileibe kein Einzelfall. Für die Lebensqua-

lität von Schweizern (Zahnsanierungen) ist kein staatliches Geld vorhanden, aber für die Asylanten ist Geld in Fülle vorhanden.

Ich wünsche mir, dass unser Sozialstaat mal Wirklichkeit wird, auch für uns Schweizer.

Urs Fiechter, Muttens

Freude herrscht...

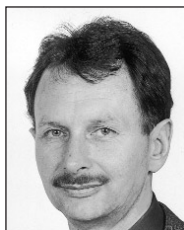
... in Rorschach und Umgebung. Sofern man den offiziellen Jubelkundgebungen der Stadtbehörden glauben wollte, herrscht allgemeine Genugtuung über die Tatsache des Wiederanstiegs der Einwohnerzahl über die magische 10'000er Marke. Nun mag dies ja vielleicht zutreffen bei den Behördemitgliedern, die sich nun wieder als echte Stadtväter fühlen können. Ob allerdings auch die Mehrheit der Bevölkerung diese neuerliche Stadtwerdung goutiert, steht auf einem andern Blatt. Der bejubelte Einwohnerzuwachs beruht doch fast ausschliesslich auf der hemmungslosen Ansiedlung von balkanstämmigen Zuwandern und Asylanten. Ich selbst und mit mir viele andere besorgte Schweizerbürger und -bürgerinnen sind der Meinung, dieser Bevölkerungszuwachs werde nur mit stark steigenden Sozialausgaben, verminderten Steuererträgen, noch stärker überfremdeten Schulen (gegenwärtig ca. 60 Prozent Aus-

länderkinder!) und weiter wachsenden sozialen Spannungen zwischen Einheimischen und Fremden erkaufte. Wenn die Behörden partout nicht zur Kenntnis nehmen wollen, wie gefährlich es brodeln unter der Oberfläche, müssen sie sich nicht wundern, wenn der unter Hochdruck stehende Topf irgendwann explodiert. Nicht umsonst ziehen laufend gute Steuerzahler in weniger überfremdete Gemeinden der Umgebung. Nicht umsonst schliessen Fachgeschäfte am laufenden Band. Ein Bevölkerungsanteil von 46 Prozent Fremdstämmigen, angesiedelt in wenigen Jahren und viel zu häufig weder integrationsfähig noch integrationswillig ist für jede Gemeinde des Guten zuviel. Wenn das so weitergeht, beginnt der Balkan bald in Rorschach, tragen die Rorschacher Stadtväter in zehn Jahren den Kaftan und ist dannzumal der Tschador für Mädchen obligatorisch.

H. Carboni, Rorschacherberg



Des murs protecteurs vont s'effondrer

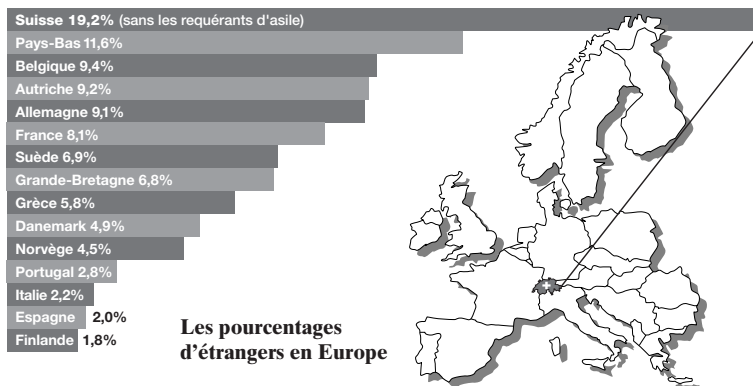


Philipp Müller

«En août 1995, un comité hors parti a déposé l'initiative populaire Pour la réglementation de l'immigration (Initiative 18%). Elle réclame un pourcentage d'étrangers maximal ne dépassant pas (18%) de la

population suisse. Contrairement à toutes les affirmations, cette initiative est favorable pour notre économie. L'opposition issue des milieux économiques s'explique principalement par leurs intérêts à imposer de la main-d'œuvre bon marché. Expériences faites, cette main-d'œuvre non qualifiée sera la première au chômage à la prochaine crise économique. En cas de refus de cette initiative, des murs protecteurs menacent de s'effondrer».

Philipp Müller, Président du Comité d'Initiative



- Dès 1990 à fin 1999, la proportion d'étrangers résidant en Suisse est passée de 15,6 % à 19,2 %.
- Les échecs répétés du Conseil Fédéral pour maîtriser la politique d'immigration sont maintenant légendaires. Il en sera ainsi de l'actuelle révision de la loi sur les étrangers.

Des bons arguments en faveur d'un pourcentage fixe

1. Même en cas de stabilisation du nombre des étrangers, il reste la possibilité d'engager des travailleurs étrangers.

En cas d'acceptation de l'Initiative, nous ne renoncerons pas aux précieux services des travailleurs étrangers. L'Initiative permettra – après stabilisation du nombre des étrangers – d'accepter chaque année un contingent de 72'000 nouveaux permis de séjour. Ce nombre est calculé en tenant en compte (selon les statistiques) du retour annuel de 66'000 étrangers, plus quelque 20'000 naturalisations annuelles. Toutefois, il faudra déduire les naissances dans les familles étrangères vivant en Suisse (1999: 13'400). D'autre part, le texte de l'Initiative permettra – selon les nécessités de notre économie – l'engagement illimité d'étrangers hautement qualifiés.

En conclusion, nous constatons – selon les chiffres connus des années 1990 – qu'il est possible, à 72'000 nouveaux étrangers de venir s'établir en Suisse chaque année. Malgré les affirmations contraires, l'initiative des 18 pour-cent est favorable à l'économie.

2. Ce n'est pas une immigration débridée qui financera l'AVS.

Comme réponse au vieillissement démographique de la Suisse, on cherche une solution dans une immigration accrue. Un tel choix ne résout rien. En effet, l'immigration ne permet pas d'améliorer durablement le rapport entre les actifs et les retraités. Constatations faites, les travailleurs étrangers viennent en Suisse non seulement avec femme et enfants, mais également avec des membres âgés de leur famille, si

bien que le rapport entre actifs et retraités reste inchangé. De plus, ces personnes, vieillissant, ont en conséquence droit à la retraite, ce qui provoque l'afflux de nouveaux immigrés. Afin d'assurer les retraites, l'immigration devra sans cesse augmenter. **On aura alors besoin d'une immigration telle que la population totale de la Suisse passera, selon les prévisions, en 2025 à 10,15 millions d'habitants et, en 2050, nous serons même 14,3 millions.**

La densité de la population suisse est aujourd'hui déjà supérieure à celle de la plupart des autres pays. La solution à nos problèmes démographiques ne peut pas être cherchée par une immigration sans cesse plus importante, mais doit être cherchée dans une rentabilité plus performante des places de travail. **Une immigration accrue ne fait que reporter les problèmes actuels à demain.**

3. L'Initiative est compatible avec les bilatérales.

Lors de la campagne de votation sur les bilatérales, le Conseil fédéral a toujours affirmé qu'il ne fallait pas craindre une immigration massive venant de l'Union Européenne. Ces déclarations s'appuyaient sur une étude de l'économiste Thomas Straubhaar. Dans sa dernière étude sur la libre circulation des personnes entre la Suisse et l'UE, il déclare notamment:

«Il n'y aura pas de forte immigration en Suisse. Les projections donnent une limite supérieure d'immigrés fixée à 10 000 personnes venant annuellement de l'UE».

Bien que les déclarations du Conseil fédéral soient approximatives

et compte tenu des départs annuels d'étrangers, au cas de seulement 10'000 personnes en provenance de l'UE s'établissent chaque année en Suisse, nous pouvons alors affirmer que l'Initiative offre suffisamment de possibilités pour accepter l'immigration de l'UE nécessaire à notre pays.

4. En cas d'acceptation de l'Initiative, aucun étranger n'aura à quitter la Suisse.

Selon les statistiques, chaque année, 66'000 étrangers quittent de leur plein gré la Suisse. Les dispositions transitoires fixent expressément que l'écart de 19 pour-cent (situation actuelle) à 18 pour-cent «doit être réduit dans les plus brefs délais par le biais de départs volontaires d'étrangers». Ainsi que le message adressé par le Conseil fédéral aux Conseillers nationaux le précise, l'Initiative permet, durant la période de mise en application, de prendre en compte les conséquences humanitaires et économiques. **Personne ne sera donc être forcé de quitter la Suisse si l'Initiative est acceptée.**

Durant la période de la mise en application, qui pourrait, par exemple, durer cinq ans, et selon un calcul basé sur l'immigration des années 1990, chaque année 60'000 nouveaux permis de séjour pourraient être délivrés.

5. L'Initiative autorise une répartition différente des étrangers par canton.

Le but de l'Initiative est de maintenir une proportion d'étrangers

par rapport à la population suisse. Il n'est pas question d'imposer 18 pour-cent d'étrangers par canton, obligeant certains, dont la proportion d'étrangers est inférieure à 18%, à accueillir des étrangers et inversement pour d'autres cantons.

6. L'Initiative permet de conserver notre tradition humanitaire.

Après acceptation de l'Initiative, et même lors d'un événement aussi grave que le conflit du Kosovo, la Suisse pourra continuer à accueillir un grand nombre de réfugiés. En effet, les 18 pour-cent comprennent les demandeurs d'asile établis en Suisse depuis plus d'une année. L'Initiative permet à la Suisse d'accepter également d'importants groupes de personnes fuyant la guerre et qui, pour des raisons humanitaires, cherchent refuge en Suisse. Le Conseil fédéral, lui-même, écrit dans son message aux Conseillers nationaux que l'Initiative est conforme aux accords signés concernant les droits de l'homme.

7. L'Initiative combat les abus en matière d'asile et de criminalité.

L'Initiative renforce considérablement les décisions d'exécution en matière d'asile. Le texte de l'Initiative comprend également les demandeurs d'asile qui sont en Suisse depuis plus d'une année. **Les autorités ont donc une année pour régler les procédures d'asile.** Il en sera de même pour la pratique,

Des bons arguments en faveur d'un pourcentage fixe

Suite de page 13

souvent laxiste, de «l'accueil provisoire»: les requérants d'asile, dont l'expulsion est devenue problématique, sont «accueillis provisoirement», donc demeurent en Suisse pendant des années et ne sont jamais comptés dans la population étrangère en Suisse.

L'immigration clandestine ne peut pas être résolue par des mesures juridiques, mais requiert une meilleure couverture des frontières.

L'Initiative concerne aussi le «tourisme criminel» en réduisant énergiquement l'attrait des prisons suisses. Ainsi, les soldes des détenus doivent être adaptées au pouvoir d'achat du pays d'origine des délinquants. **Cette nouvelle pratique mettra fin à la mauvaise habitude des prisons suisses qui offrent, dans certains cas, à un délinquant un salaire supérieur à celui qu'il toucherait en travaillant honnêtement dans son pays.**

8. L'Initiative garantit une politique étrangère adaptée.

Sous le couvert d'un quota maximum d'étrangers – extrêmement élevé en comparaison à d'autres pays – le législateur reste libre d'aménager une politique d'accueil adaptée, qui tienne compte non seulement des intérêts de la Suisse, mais aussi de sa tradition humanitaire.

9. On ne confond pas demandeurs d'asile et travailleurs étrangers.

L'Initiative n'a pas pour effet de confondre droit d'asile et politique des étrangers. Elle exige simplement un comptage plus honnête que celui fait actuellement, prenant en compte tous les étrangers ainsi que les demandeurs d'asile installés en Suisse depuis plus d'une année. Ce qui correspond exactement à la demande faite par le Parti Radical Suisse le 31 octobre 1995, lors de l'audit du rapport sur la politique suisse de migration: «**Dans le sens d'une statistique crédible sur les étrangers, on doit prendre en compte les demandeurs d'asile qui n'ont pas encore été enregistrés et ceux qui sont renvoyés mais qui n'ont pas encore quitté notre pays.**»

10. L'Initiative diminue la bureaucratie et empêche des dépenses inutiles.

La présente initiative est un texte constitutionnel. La définition de la catégorie des personnes n'appartenant plus à la population étrangère permanente doit être mentionnée dans la loi. Ceci correspond aux procédés habituels lors de modifications de la Constitution.

Toutes les définitions contenues dans le texte de l'Initiative figurent déjà aujourd'hui dans la loi actuelle et ne réclament aucune nouvelle

définition. La désignation de «cadres, scientifiques qualifiés, artistes, etc.», a déjà été définie par l'ordonnance limitant le nombre d'étrangers en 1986. On n'a donc pas besoin de réinventer la roue. Par contre, l'actuel désordre des définitions sera considérablement réduit.

11. La limite des 18 pour-cent n'entraînera pas davantage de naturalisations.

Il est faux de supposer qu'en stabilisant le nombre d'étrangers – ainsi que l'initiative le demande – on augmentera le nombre de naturalisations. Seul un assouplissement de la loi sur la naturalisation pourrait augmenter le nombre actuel de naturalisations. Mais dans ce cas, le peuple suisse sera appelé à voter pour donner son avis. Il est donc insensé de prétendre qu'un refus de l'Initiative aurait pour conséquence d'augmenter le nombre de naturalisations. Le contraire devrait être le cas: en cas de rejet de l'Initiative, on peut s'attendre avec certitude à un nombre d'étrangers en constante augmentation, avec pour conséquence une augmentation des naturalisations.

12. La nouvelle loi sur les étrangers n'est pas une alternative à l'Initiative.

Dans le projet de loi présenté par le Conseil fédéral figure la phrase principale: «**L'immigration ne porte pas atteinte à l'équilibre de l'évolution démographique et sociale.**» De telles formules ont toujours échoué lors de précédentes tentatives visant à réglementer l'immigration. Pour les personnes appartenant à l'Union Européenne, ainsi que pour leur famille, la nouvelle loi n'interférera que dans très peu de cas lorsque les accords bilatéraux ne contiennent pas de réglementation divergente ou lorsque la réglementation est plus favorable dans le projet de loi. Etant donné qu'actuellement un débat est mené sur l'élargissement de la libre circulation des personnes pour les Etats membres de l'A.E.L.E., ce sont surtout les personnes appartenant à des pays, qui ne sont pas membres de l'A.E.L.E. ou de l'UE, qui sont concernées. Ce nouveau projet de loi – contrairement à l'ancienne loi sur le séjour et l'établissement des étrangers (LSEE) ignorant tous les aspects économiques et politiques véritablement intéressants – concerne essentiellement l'admission de main-d'œuvre provenant d'Etats hors de l'A.E.L.E./UE.

Pour tout ce qui concerne le regroupement familial (la plus importante catégorie d'immigrés), de nouvelles exigences du projet de modification de la loi sur les étrangers font encore considérablement augmenter le nombre des immigrants provenant de pays hors de l'UE et de l'A.E.L.E. Il est ainsi prévu que, pour de courts séjours, le regroupement familial deviendrait possible. Lors de l'arrivée en

Suisse des membres de la famille étrangère d'un citoyen suisse, le cercle de ces personnes admises serait étendu et donnera droit dorénavant à l'obtention de permis de séjour. Des articles de loi seront introduits ultérieurement pour faciliter les prochains regroupements familiaux ainsi que pour l'octroi et la prolongation du permis de séjour.

Le projet de modification de la loi sur les étrangers facilitera encore davantage l'immigration en Suisse, augmentant encore la charge de l'administration par d'innombrables dossiers.

13. Les Etats étrangers réagiront positivement s'ils sont bien informés.

Lorsqu'on expliquera aux Etats étrangers que durant les dix dernières années plus d'un million de nouveaux permis de séjour ont été octroyés, ils comprendront aisément que le peuple suisse désire, par une Initiative, mettre un frein à l'immigration. Lorsqu'il sera, de surcroît, connu que, de ce million d'immigrés 52,6 pour-cent proviennent de pays hors de l'Union Européenne et de l'A.E.L.E., cela devrait susciter un grand étonnement. Proportionnellement, l'immigration en Suisse correspondrait, par exemple pour les Etats-Unis, à 38 millions de nouveaux arrivants en dix ans. Un même calcul pour l'Union Européenne amènerait 53 millions d'immigrés (ce qui comprendrait les populations des huit Etats membres de l'UE, soit la Suède, le Danemark, la Finlande, l'Irlande, l'Autriche, le Luxembourg, la Belgique et la Norvège).

14. Pour l'économie suisse une limitation de l'immigration n'est pas pénalisante.

Dr. oec. HSG Peter Füglistaler écrit: «Hilfe die Schweiz schrumpft» – «Au secours, la Suisse rétrécit».

Contrairement à toutes les affirmations, cette initiative est favorable à notre économie. L'opposition des milieux économiques ne s'explique que par leur intention d'importer une nombreuse main-d'œuvre étrangère sous-payée. Expériences faites, c'est toujours la main-d'œuvre non qualifiée qui se retrouve, la première, au chômage.

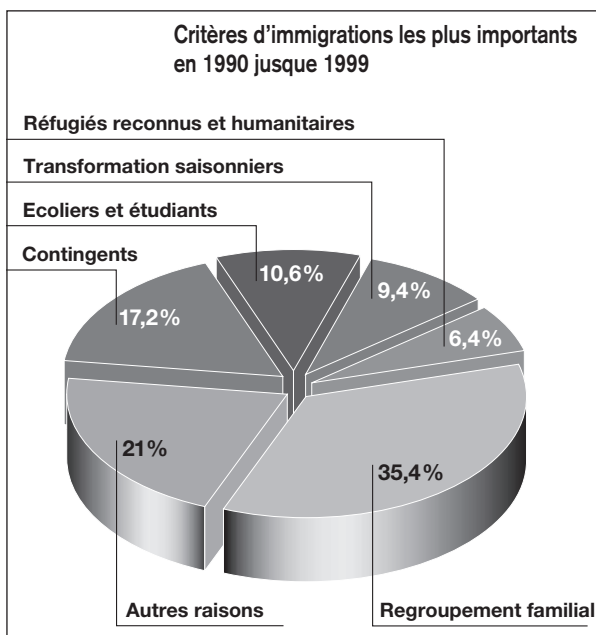
Le Conseil Fédéral à «Fait des efforts», mais sans résultat

- **1970: Votation sur « l'Initiative Schwarzenbach »** Berne promet de stabiliser l'immigration
- **1986: Ordonnance sur la limitation du nombre d'étrangers**
But: « Limiter l'immigration »
- **1991: Rapport du Conseil Fédéral concernant l'immigration et les réfugiés politiques**
- **1995: Rapport Arbenz**
But: Empêcher une proportion trop importante
- **1997: Rapport sur une politique suisse de migration**
But: Un développement social et démographique équilibré
- **2000: Sous la pression de l'Initiative 18%, le Conseil fédéral propose la révision de la loi sur les étrangers.** «L'immigration ne porte pas atteinte à l'équilibre de l'évolution démographique et sociale»

Toutes les mesures prises jusqu'à présent ont été autant d'échecs.

Une immigration provenant principalement de pays hors de l'UE et de l'A.E.L.E

L'immigration provient principalement des pays n'ayant pas adhéré ni à l'UE, ni à l'A.E.L.E. Et ce, malgré que le Conseil fédéral ait adopté en 1991 le modèle des trois cercles. L'ex-Yougoslavie n'était plus alors considérée comme un réservoir de travailleurs étrangers. Pourtant, encore une fois, le but recherché (?) par le Conseil fédéral n'a pas été atteint. En 1990, il y avait en Suisse 116'000 personnes provenant de l'ex-Yougoslavie. Fin 1999, elles étaient 331'000 (400'000

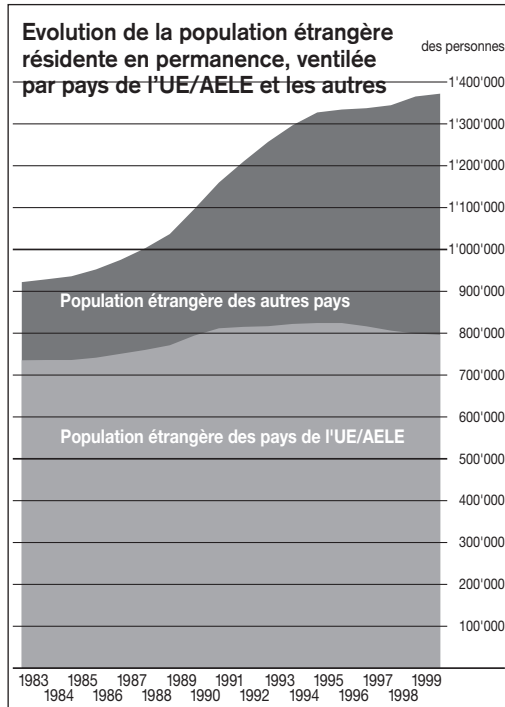


avec les réfugiés). On constate donc, fin 1999, que 54% des nouveaux arrivants provenaient de pays hors de l'UE et de l'A.E.L.E.

avec les réfugiés). On constate donc, fin 1999, que 54% des nouveaux arrivants provenaient de pays hors de l'UE et de l'A.E.L.E.

• En 1983, quelque 80% des étrangers vivant en Suisse provenaient de l'Espace Economique Européen. Fin 1999, ils ne sont plus que 58,5%. Le modèle des trois cercles du Conseil fédéral est ainsi resté sans effet.

• Contrairement à l'opinion largement répandue, l'écrasante majorité des étrangers n'arrivent pas par la filière de l'aide humanitaire ou de la demande d'asile. Ces dix dernières années, ces derniers n'ont même pas représenté 7% des nouveaux arrivants.



18% c'est assez!

Notre patrie la Suisse se trouve à un carrefour. Etre – et rester – l'Etat indépendant et souverain qu'il a toujours été depuis 700 ans ou régresser et se complaire à ne plus être qu'un Etat assujéti, colonisé. Etre un peuple libre, maître de ses choix politiques et fier ne l'être ou tomber à l'état de peuple muselé, esclavagé. Tout un chacun, plus que jamais, et la jeunesse au premier chef, est concerné par la survie de la patrie, enjeu de la votation du 24 septembre 2000. Des craquements sinistres se font entendre ici et là, autant d'avertissements solennels. Dressons l'oreille pendant qu'il est temps encore. La réponse adéquate dépend de notre volonté commune, délibérée, indélébile de décider – nous-mêmes – de notre avenir. Des courants délétères circulent à travers l'atmosphère, des sirènes démoniaques ont embouché les trompettes de la trahison et clairement des slogans avilissants: «L'Europe! L'Europe! L'Europe! Mort aux cantons! Foin des communes! Immigration, immigration chpérie! Feu sur l'infâme, la xénophobie rupissante!... En voulez-vous encore? En voilà encore!...» Que de tintamarre, que de bruitvet de fureur!...

Eh bien, nous, oui nous, patriotes suisses, nous qui aimons notre patrie, don sans prix de nos pères, que nous nous devons de transmettre intacte à nos fils, nous affirmons

que si l'avenir est une énigme, nous nous efforcerons de la résoudre avec intelligence et avec cœur. Nous ne voulons pas de cette caricature d'Etat, abusivement d'Europe» qui n'est qu'une dictature broyeuse des identités nationales et qui n'hésite pas à faire ce peuples au passé glorieux des masses anonymes interchangeable. Nous ne voulons pas de cette situation nauséuse visant à abolir à tout jamais nos équilibres historiques, géographiques et sociologiques. Nous ne voulons pas, mais alors pas du tout, d'une immigration pléthorique visant à transformer les Suisses en étrangers dans leur propre patrie. D'innombrables statistiques le prouvent abondamment et sans conteste, le peuple suisse est le peuple le plus xénophile qui soit, le plus généreux des peuples quant à l'accueil incomparable qu'il offre à des hôtes de tous les horizons.

18% c'est assez! C'est peut-être trop! Il convient de ne dépasser cette limite en aucun cas sous peine de graves troubles publics d'autant qui d'aucuns verraient avec plaisir les étrangers voter chez nous. Suisses, frères, dire OUI à l'initiative proposée, OUI aux 18%, c'est penser à nos enfants qui, plus tard, nous remercieront.

Si, pour certains, «700 ans ça suffit!», pour nous, patriotes suisses, ce n'est que le commencement.

J.F. Borlat, Paudex

Les initiants sont bien entourés

Le Conseil fédéral dans son programme de législature 1995-99:

«Le Conseil fédéral refuse une immigration incontrôlée ou dépendant exclusivement du développement économique ou des exigences du marché du travail. La politique suivie depuis 1991 visant la réduction de l'augmentation de la population étrangère doit être poursuivie.»

Le Parti Radical Suisse, le 31 octobre 1995, au sujet du rapport concernant une politique suisse de migration :

«Dans le sens d'une statistique crédible sur les étrangers, on doit prendre en compte les demandeurs d'asile qui n'ont pas encore été enregistrés et ceux qui sont renvoyés mais qui n'ont pas encore quitté notre pays. Nous sommes favorables à une balance équilibrée, à long terme, concernant la migration.»

Le Parti Radical du canton d'Argovie soutient une «stabilisation du nombre d'étrangers»

dans son programme d'actions 1996-1998, ainsi que dans le document de base de janvier 1999 et dans son programme d'actions

avec buts fixés par les Libéraux pour la politique argovienne de 1997 à 2001.

L'UDC Suisse à l'occasion du débat au Conseil national au sujet de l'Initiative des 18 pour-cent.

L'UDC demande, avec une proposition de renvoi, l'élaboration d'un contre-projet du Conseil fédéral qui, à partir des chiffres de 1998, concrétisera une stabilisation du contingent global des étrangers en Suisse.

Le PDC Suisse demande, après remise des signatures pour l'Initiative des 18 pour-cent, en 1995, une limitation de la population étrangère résidant en Suisse à 20 pour-cent moyennant une «clause de protection».

L'ancien président du Parti Socialiste suisse, Helmut Hubacher, dans le Sonntagsblick du 29 octobre 1995 sur le thème du quota d'étrangers: «1,3 millions d'étrangers, c'est trop! A la longue, nous devons abaisser ce chiffre.»

Si vous avez l'impression d'être menés en bateau par les partis et les politiciens: Le 24 septembre 2000, votez:

«Oui» à l'initiative populaire fédérale

Pour la réglementation de l'immigration

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:
Rudolf Keller, SD-Zentral-
präsident, Frenkendorf

Dr. Jean-Jacques Hegg,
Dübendorf (Leben und Umwelt)

Bernhard Hess, Nationalrat,
SD-Zentralsekretär, Bern (CR)

Dr. Dragan J. Najman, Grossrat,
Einwohnerat, Baden

Alexander Nyffenegger,
stv. Parteisekretär, Bern

Willy Schmidhauser, Präsident
SD Thurgau, Dettighofen

Hans Steffen, Fischenthal

SD wollen der deutschen Sprachreform das wohlverdiente Ende bereiten

Die Schweizer Demokraten (SD) sprechen sich für eine rasche Rückkehr zur alten Rechtschreibung aus. Zeitungen, Verlage, Betriebe und staatliche Stellen sollten zur Rettung der Einheit der Schreibweise der Rechtschreibreform das wohlverdiente Ende bereiten. Deshalb wird SD-Zentralsekretär und Nationalrat Bernhard Hess, Bern, in der kommenden Herbstsession eine Motion einreichen, welche fordert, dass die alte Rechtschreibung wieder eingeführt wird. «Die Reform war von Anfang an eine Missgeburt», schreibt Bern-

hard Hess in seinem parlamentarischen Vorstoss. Angesichts der schlechten Qualität des neuen Regelwerks sei eine Vielfalt verschiedener Hausorthographien abzusehen gewesen. Zudem seien die Behörden den Beweis für den Erfolg der Reform schuldig geblieben. Deshalb sei das bei einer Rücknahme der Reform entstehende kurzfristige Durcheinander einem längerfristigen vorzuziehen. Eine Reform der Reform brauche keine Vorbereitung. Wie bereits die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung schlägt Bernhard

Hess die Rückkehr zur alten Schreibweise noch in diesem Jahr vor. (Die «Frankfurter Allgemeine Zeitung» hatte zum 1. August die alte Rechtschreibung wieder eingeführt.) Bereits bei der Einführung der Sprachreform hat sich der ehemalige SD-Nationalrat Rudolf Keller, Frenkendorf, mit parlamentarischen Interventionen erfolglos gegen die unsinnige und überflüssige Rechtschreibreform gewehrt.

SD-Pressedienst
vom 17. August 2000

Der Bundesrat und die Ausländerpolitik

Nicht gehaltene Versprechungen

PM. Der Bundesrat hat gegen die anhaltende Zuwanderung immer wieder verschiedene Eindämmungsversuche unternommen und Massnahmen angekündigt: 1986 erliess der Bundesrat die «Verordnung zur Begrenzung der Zuwanderung». Deren Ziel war ein «ausgewogenes Verhältnis» zwischen schweizerischer und ausländischer Bevölkerung. Bewirkt hat die Verordnung offensichtlich kaum etwas, stieg doch die Ausländerzahl unaufhaltsam weiter: Zum Zeitpunkt des Erlasses lebten rund 940'000 Ausländer in der Schweiz, während es heute bereits 1'368'000, also über 45 Prozent mehr sind. Die Expertise zur Ausländerpolitik einer «Strategiegruppe» aus dem Jahre 1989 blieb ohne praktische Auswirkungen. Im Mai 1991 erschien der Bericht des Bundesrates zur Ausländer- und Flüchtlingspolitik. Dieser fo-

mulierte die Zielsetzung, es solle die Einwanderung begrenzt und eine restriktive Zulassungspolitik umgesetzt werden. Zur Durchsetzung dieser Politik sollte das sogenannte «Modell der drei Kreise» dienen. Ex-Jugoslawien wurde nicht mehr als Rekrutierungsgebiet für ausländische Arbeitskräfte bezeichnet. Auch dieser bundesrätlichen Absicht blieb jeglicher Erfolg verwehrt, stieg doch die Zahl der in der Schweiz lebenden Personen aus Ex-Jugoslawien von 116'000 im Jahre 1990 auf 331'000 Ende 1999. Zählt man noch den Asylbereich dazu, lebten Ende 1999 gegen

400'000 Personen aus Ex-Jugoslawien in der Schweiz. Während im Jahre 1983 noch rund 80 Prozent aller in der Schweiz lebenden Ausländer aus dem EWR-Raum stammten, waren es Ende 1999 lediglich noch 58,5 Prozent. Das Drei-Kreise-Modell ist somit reine Makulatur geblieben. Entgegen der landläufigen Meinung ist der weitaus grösste Teil der Einwanderung der letzten Jahre nicht über den Asyl- oder humanitären Bereich erfolgt. Auf diesem Weg sind lediglich 6,4 Prozent aller Zuwanderer in die Schweiz gekommen.

**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.-
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der
Schweizer Demokraten (SD)
werden!
 Nur Zeitungsabonnement
 Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Parolen der SD für die Abstimmung vom 24. September

Der Zentralvorstand der Schweizer Demokraten hat an seiner Sitzung vom 26. August 2000 folgende Abstimmungsparolen gefasst:

- 18%-Initiative: **einstimmig Ja**
- Konstruktives Referendum: **einstimmig Nein**

Die weiteren Parolen wurden mit unterschiedlichen Mehrheiten gefasst:

- Solar-Initiative: **Ja**
 - Förderabgabe für erneuerbare Energien: **Ja**
 - Energielenkungs-Abgabe: **Nein**
- SD-Medienmitteilung vom
26. August 2000, Grossrat
Dr. D. Najman, Pressechef, Baden

Schicken Sie mir bitte

..... Exemplare der SD-Sonderzeitung zur 18%-Initiative

..... Exemplare des SD-Aufklebers «D'Schwiizer zerscht!»
(10 Kleber Fr. 5.-, 20 Kleber Fr. 8.-; vgl. Muster)



Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____ Nr.: _____

PLZ: _____ Ort: _____

Bitte einsenden an: Schweizer Demokraten (SD), Postfach 8116, 3001 Bern